

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/16. Jhg.

Mitteilungsblatt

Januar 2010

Zu diesem Heft:

Im vorliegenden Heft dokumentieren wir die auf der Konferenz "1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen" am 31. Oktober 2009 in Berlin gehaltenen Vorträge von Heinz Niemann und Siegfried Prokop sowie die Beiträge von Kurt Laser und Helmut Müller. (Der Vortrag von Ernstgert Kalbe erscheint im nächsten Heft.) Diese Konferenz konnte an frühere anknüpfen, insbesondere an die im September 2004 stattgefundene Konferenz "Soziale und politische Konfliktpotenziale nach dem Systemwechsel 1989 - 1991 in europäischen Ländern und antikapitalistische Bewegung" (vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Oktober 2004). Sie hatte dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die permanente - ahistorische und realitätsfeindliche - Regimekampagne über die "friedliche Revolution von 1989" gegenwärtig noch mehr als bisher der Verdrängung der sich zuspitzenden realen Probleme der BRD und der Verschleierung ihrer Ursachen dient. Um so mehr orientierte sie sich auf eine realistische, ausgewogene Betrachtung der DDR-Entwicklung bei strikter Vermeidung kontraproduktiver unkritischer Sichten. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Suche nach gangbaren Wegen in die Zukunft realistische, tragfähige Schlussfolgerungen aus der Geschichte der DDR voraussetzt. In diesem Sinne wurden - in Auseinandersetzung mit dem regimeverordneten Klischee - Aufstieg und Niedergang der DDR in ihrem Zusammenhang betrachtet, der *Komplex* der Bedingungen ihrer Entwicklung und der Ursachen ihres Scheiterns herausgearbeitet. Dabei wurde besonderes Gewicht auf die grundlegende, letztlich entscheidende Rolle der Ökonomie und auf die Rolle der ("marxistisch-leninistischen") Partei - in ihrer Leistung wie ihrem Versagen - als dem wichtigsten politischen Faktor gelegt. Bei Konzentration auf die Widersprüche und Probleme der inneren Entwicklung wurde zugleich die - regimeoffiziell eskamotierte - an Dimension und Gewicht zunehmende Einmischung des imperialistischen Westens unterstrichen. Deutlich gemacht wurde die durch die Kolonialisierung der DDR (F. Vilmar) verursachte "Krise der Einheit" mit ihrer sich weiter vertiefenden West/Ost-Spaltung.

In diesem Heft unterbreiten wir auch das Programm unserer Veranstaltungen im Jahre 2010 (S. 34/35). Im Mittelpunkt steht die vor 65 Jahren vollbrachte Zerschlagung des deutschen Faschismus - der größten Gefährdung der Menschheit im 20. Jahrhundert. Ihr ist vor allem unsere Konferenz "1945: Befreiung vom Faschismus. Chancen und Realitäten" am 6. März 2010 in Berlin gewidmet (S. 36). Die eröffneten Chancen erörtern auch Veranstaltungen zur Bündnispolitik (4. 9. 2010) und zur Sozialpolitik der DDR (17. 6. 2010). Mit dem Weg in den Faschismus und der Suche nach einem Ausweg beschäftigen sich vor allem die Konferenz "1935: Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung" (26. 6. 2010), aber auch Veranstaltungen am 18. 3. und 21. 10. 2010. Weitere Veranstaltungen sind der Aufrüstung und wachsenden Aggressivität der BRD (18. 2. 2010) sowie der schon ihre Anfänge begleitenden politischen Repression (16. 9. 2010) gewidmet - *Wesenszügen* der BRD, die sich immer stärker ausprägen und zunehmende Besorgnis hervorrufen.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Niemann Zur Krise der DDR und der SED	S. 3
Prof. Dr. Siegfried Prokop Zur Entwicklung der DDR vom 18. März bis 2. Oktober 1990	S. 16
Dr. Kurt Laser Gedanken zu den Ursachen der Krise 1989/90	S. 23
Helmut Müller Zum Fackelzug der FDJ am 6. Oktober 1989 und zu einer "Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend" vom 9. Oktober 1989	S. 30
Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE im Jahre 2010	S. 34
Einladung zur Konferenz "1945: Befreiung vom Faschismus. Chancen und Realitäten" am 6. März 2010 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2010.

Prof. Dr. Heinz Niemann

Zur Krise der DDR und der SED

I.

Als vor einiger Zeit Oskar Lafontaine zu Gast beim "Marxistischen Forum" war, formulierte er drei Fragen, auf die ein westdeutscher Linker gern Antwort hätte:

1. Welche Vorzüge, Errungenschaften wies der ostdeutsche Frühsozialismus auf?
2. Warum war die Wirtschaft auf vielen Feldern zu schwach und ineffektiv?
3. Welche Mängel und Defizite hatte die DDR-Gesellschaft und weshalb?

Die Fragen 2 und 3 sind im Grunde genau die, die wir mit dem Thema über die Ursachen und das Wesen der Krise der DDR und der SED erörtern wollen. Unsere Antwort dürfte mithin auch für sogenannte Westlinke interessant und wichtig sein.

Welche hauptsächlichlichen Erklärungsmuster liefert die bisherige herrschende Historiographie? Verallgemeinernd kann man sagen, dass fast alle Experten den wirtschaftlichen Kollaps als Ursache - infolge des Versagens des Marxismus-Leninismus, manchmal direkt mit Stalinismus gleichgesetzt, als ideologische Quelle - der Niederlage betrachten. M. Sabrow bringt es auf die Formel: "Das vergangene Säkulum ist das Jahrhundert der großen Ordnungsentwürfe von Faschismus, Kommunismus und Liberalismus, deren Konkurrenz am Ende der demokratische Rechtsstaat so unangefochten für sich entschieden hat, dass er heute nicht mehr als 'System', sondern als selbstverständliche Organisationsform der zivilgesellschaftlichen Moderne des 21. Jahrhunderts vor uns steht."¹

Christliche Vertreter verweisen auf den "alten Adam", meinen: das sozialistische/kommunistische Menschenbild sei falsch; eine nicht auf dem Privateigentum, dem Streben nach Gewinn, dem individuellen Egoismus usw. beruhende Gesellschaft sei illusionär, weil der "neue Mensch", auf den das sozialistische Projekt setze, nicht zu haben sei. Im Grunde läuft auch dies auf die Ökonomie, auf die Abschaffung der privatkapitalistischen Marktwirtschaft als Ursache des Untergangs hinaus. Der Versuch, ihn "zu erziehen" und für die sozialistische Wirtschaft sozusagen "tauglich" zu machen, führe aber - so unter etlichen anderen Christoph Kleßmann - notwendigerweise zu Diktatur und Unrecht. An fehlender Demokratie sei die DDR gescheitert. Die Arbeiterbewegung wurde "nach ihrer Zerschlagung im 'Dritten Reich' ... zum zweiten Mal, wenn auch in ganz anderer Weise, Opfer einer Parteidiktatur."² Einen Hinweis auf die Motive solcher "Zerschlagung" sucht man vergebens.

Generell wird kaum gesagt, was unter "Demokratie" zu verstehen wäre, aber meist wird selbstverständlich das bürgerliche konkurrierende Parteiensystem unterstellt.

Eine nur bedingt modifizierte Position verweist auf die Protektion und Bestandsgarantie der Sowjetunion, ansonsten sei die DDR nur ein nicht lebensfähiges, von der Bevölkerung mehr ertragenes als getragenes Unrechtsregime der deutschen Kommunisten gewesen, das notwendigerweise zusammenbrechen musste, als in

den achtziger Jahren die SU aus einer Stütze zur größten Belastung für die DDR wurde.³

Das reduziert unser Scheitern auf das Versagen der SU, womit eine rein machtpolitische Entscheidung der noch bis 1991 bestehenden UdSSR zur Ursache würde.

Auch bei den Positionen von DDR-Spezialisten herrscht die Wirtschaftskrise als wichtigste Ursache vor, meist ebenfalls verbunden mit allgemeinen Klagen wegen fehlender oder mangelnder "Demokratie", auch ohne sich über deren Charakter und Funktion auszulassen.

Unbestritten spielten wirtschaftliche Stagnation und Niedergang eine wesentliche Rolle. Mal abgesehen von den wesentlich schlechteren Ausgangsbedingungen im Osten, den bekannten Belastungen durch Reparationen, Besatzungskosten, Rüstungsverpflichtungen, dem Versagen des RGW und den Behinderungen durch Wirtschaftskrieg und Embargo sowie der vorrangigen Bindung der DDR-Wirtschaft an fast durchweg rückständige Volkswirtschaften kam es seit Mitte der siebziger Jahre zu zusätzlichen Belastungen durch die Ölpreisexplosion und den allgemeinen Verfall der Preise für Investitionsgüter.

Durch die widersinnige Subventionspolitik, die auf 100 Mark bezogen 84 Mark leistungsunabhängig vergab, jährlich rund zwei Milliarden, gingen dem Staatshaushalt in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR jeweils etwa ein Viertel durch Verschwendung, Missbrauch und Wegkauf verloren. Zusätzlich kam es seit 1983 zu einem Kreditstopp gegen alle osteuropäischen Staaten, die infolge eines hohen Zinsniveaus fast alle (außer Rumänien) zahlungsunfähig wurden, Polen bereits 1981. (Die DDR, die Polen mit 50 Millionen zu helfen versuchte, wurde selbst davor durch den bekannten Milliardenkredit durch Strauß bewahrt.) Während die Weltmarktpreise für DDR-Exporte sanken, ihre Schuldnerländer nicht zahlten, verringerte sich der Exporterlös von einer DDR-Mark auf 25 Pfennig West.⁴

Martin Sabrow, sicherlich der führende Mann und vielleicht klügste Kopf unter den Zeithistorikern, fasst seine Schlussfolgerung wie folgt zusammen: "Weder der Versprecher Günter Schabowskis noch die Beistandsaufkündigung Michael Gorbatschows und auch nicht die Macht der Bürgerbewegung oder die außenwirtschaftliche Schuldenkrise haben (demnach) den wichtigsten Beitrag zum fast widerstandslosen Zusammenbruch des Regimes geleistet, sondern das spätestens mit den Siebzigerjahren einsetzende Zusammenspiel von äußerer Zivilisierung und innerer Erosion des kommunistischen Projekts."⁵

Daran ist zumindest das eine (sicher unbeabsichtigte) Eingeständnis sympathisch, dass es sich bei der sogenannten Wende nicht um eine wie auch immer bezeichnete "Revolution" gehandelt hat, sondern um eine Implosion, um einen widerstandslosen Zusammenbruch.

Die von einem bekannten Kabarettisten sinnigerweise als "Kehre" bezeichnete Wende war in der Tat eine Restauration der kapitalistischen bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, die Rückkehr auf einen anderen Pfad der westeuropäischen Moderne und ihrer Zivilgesellschaft, wie sie sich nach 1968 auch in der BRD - nicht

ohne Einfluss der DDR - entwickelt hatte. Wohlgermerkt: Rückkehr, denn dies einfach mit Rückschritt gleichzusetzen, machte die Sache wieder zu einfach. Der Begriff der Wende als Folge der Implosion unseres frühsozialistischen Systems hat insofern etwas für sich, weil er anschaulich beschreibt, dass wir in eine Sackgasse geraten waren, aus der man umkehren musste, wenn man erneut nach einem antikapitalistischen Weg suchen will. Die Chancen, aus dieser Sackgasse sozusagen nach vorn auszuberechnen, sie progressiv zu überwinden, waren in den Jahren zuvor verspielt worden. (Als Marxist bleibe ich natürlich auch dabei, dass wir den Revolutionsbegriff mit dem des gesellschaftlichen Fortschritts verbinden. Allein aus der völligen Umwälzung der politischen Strukturen und Machtverhältnisse abzuleiten, es habe sich um eine Revolution gehandelt, setzt einen anderen Revolutionsbegriff voraus. Aus einer Schnellzuglokomotive wird in dieser Logik eine Rangierlok.)

Auffällig ist die allgemeine Zurückhaltung bei der Frage, welche Einflüsse vom Westen ausgingen, schließlich gab es da nicht nur die "freie Berichterstattung freier Medien", sondern die klare Ankündigung des neu gewählten Präsidenten der USA, Georg Bush sen., im Januar 1989, die europäische Spaltung zu überwinden, also Koexistenz und Status quo als bisherige Grundlagen der US-Politik aufzukündigen, ohne die Kohls Politik nicht denkbar gewesen wäre.

Nur eine für Sozialisten/Kommunisten überzeugende Antwort auf die Frage, warum es zu einer "Erosion" des kommunistischen Projekts gekommen ist, warum wir in die Sackgasse geraten sind, nicht zeitig genug umgekehrt sind, warum die Wende nicht schlechthin als "Konterrevolution" bezeichnet werden kann, ist immer noch nicht gegeben.

II.

Es ist wohl nicht notwendig, ein Bild der Krise in ihren vielfältigen Erscheinungsformen und ihres Verlaufs auch nur zu versuchen nachzuzeichnen. Nur thesenartig sei die Sicht des Verfassers auf die Krise und ihre entscheidende Ursache begründet.

Ihre zeitlichen Etappen, ihre Bruchstellen werden meistens mit einer aneinander gereihten Reihe von Jahreszahlen benannt: 1953, 1956, 1961, 1968, 1976, 1978, 1981, 1985, 1987 und schließlich 1989/90. Das halte ich für falsch, weil meines Erachtens strikt zu unterscheiden ist zwischen den kritischen Situationen 1953, 1956 und 1968 und denen ab 1976. Bis dahin hatten wir es mit Entwicklungskrisen zu tun, Zeiten, in denen Widersprüche im Kampf gelöst wurden, schwierige Lernprozesse stattfanden und es danach mehr kleine Fortschritte als Rückschläge, noch keine Stagnation gab, und das unabhängig von der noch geltenden Bestandsgarantie der SU. Schon nach Stalins Tod, dann deutlicher seit dem XX. Parteitag der KPdSU wurden mit der Überwindung der falschen These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes und der Begründung der Politik der friedlichen Koexistenz progressive zivilgesellschaftliche Entwicklungen auf den meisten Gebieten in Gang gesetzt.

Wer an diesen ersten vier Daten schon den unausweichlichen Untergang festmachen will, hängt bewusst oder unbewusst einer eschatologischen Geschichts-ideologie an, hält jede Alternative zum Kapitalismus oder "Liberalismus" für eine Fehlentwicklung.

Die entscheidende Bruchstelle stellt in dieser Entwicklung das Jahr 1968 dar, welches zu einem Schlüsseljahr wurde. Trotz der immer noch sichtbaren Rückstände gegenüber dem "Goldenen Westen" und seinem Lebensstandard gab es in der DDR mehrheitlich noch Aufbruchstimmung, Zukunftszuversicht, Vertrauen und wachsende Mitarbeit und Engagement. Die wirtschaftlichen Zuwachsraten waren bis dahin beachtlich. 1968 fand erst- und einmalig in der deutschen Geschichte eine breite Volksausprache über eine neue Verfassung statt und wurde in einer weitgehend repressionsfreien Volksabstimmung mit über 90 Prozent (bei einer ebenfalls über 90-prozentigen Wahlbeteiligung) angenommen.

Die vom alten Ulbricht - von oben - eingeleiteten Reformversuche waren viel versprechend. Aber was sich mit der Ablösung Chrustschows 1964 ankündigte, wurde mit der Zerschlagung des "Prager Frühlings" in der bekannten Weise virulent; die neue Moskauer Führung und ihr Konzept verbaute den Weg zur selbst bestimmten Reform und Weiterentwicklung des frühsozialistischen Versuchs auch bei uns. (Damit sei die Notwendigkeit der militärischen Sicherung der Südflanke des Warschauer Pakts gegenüber der NATO und die Verantwortung der eigenen Führung nicht infrage gestellt. Es war richtig, dem Umschlag des kalten Krieges in einen heißen mit diesem Schritt vorzubeugen. Das Herausbrechen der CSSR aus dem Warschauer Pakt zu verhindern wäre militärisch aber auch ohne den gewaltsamen Abbruch des gesellschaftlichen Erneuerungsversuchs möglich gewesen.) Im Rückblick kann man sagen, das Jahr 1968 war einerseits der letzte Anlauf zur Reform eines Gesellschaftsmodells, das seine Entwicklungspotentiale bewiesen, aber nun ausgeschöpft hatte, und andererseits wurde der Versuch zur Überwindung des dogmatisierten Marxismus-Leninismus gewaltsam verhindert. Die Krise des Marxismus wurde zu einer wesentlichen Ursache der Reformunfähigkeit des Realsozialismus. Personell kann man dies an den Rücktritten bzw. dem Scheitern von Dubcek (April 1969), von Ulbricht (Mai 1971) und Nyers (1974) festmachen. Mit Ulbricht war zum Beispiel eben auch sein Bürochef, der Fritz-Behrens-Schüler Wolfgang Berger, ausgeschaltet, der gemeinsam mit Herbert Wolf und anderen die seinerzeitige Debatte um das NÖS angetrieben hatten.

Zu einem Zeitpunkt, wo man sagen kann, unter Führung der SED war im Osten Deutschlands ein kleines Wunder passiert, ein "zweites deutsches Wirtschaftswunder" und die fast unglaubliche Tatsache, dass es kaum zwanzig Jahre nach Faschismus und Krieg unter schwierigsten Bedingungen gelungen war, eine klare Mehrheit des Volkes für den sozialistischen Weg, für die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen, beginnt zuerst fast unmerklich, bald immer schneller, unser Abstieg.

Aber erst Ende der siebziger Jahre wird ein Bruch der inneren Entwicklung spürbar - der Kurs seit dem VIII. Parteitag erwies sich jetzt als falsche Wende. Nun entwickeln sich krisenhafte Zerfallsprozesse im Innern, verstärkt durch Krisenpro-

zesse in Polen und der CSSR, durch Afghanistan, durch dramatische Verschlechterungen der weltwirtschaftlichen Lage, den Belastungen durch die Unterstützung befreundeter afrikanischer Länder, von Kuba, und der ökonomischen Erschöpfung der SU. Die US-Politik des Totrüstens trägt ihre Früchte.

Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen der Computerrevolution gelang nicht. Während die Biermann-Ausbürgerung eher nur bei Künstlern, Schriftstellern und Schauspielern Verweigerungseffekte und Kritik bis zur Ausreise bewirkte, spielte für die Parteiintelligenz und denkenden Apparateleute die Wirtschaftspolitik eine viel größere Rolle. Viel fataler als die negativen Folgen der Biermann-Geschichte bei Teilen der künstlerischen Intelligenz war es, dass gegen ein beginnendes Rumoren vor allem innerhalb der Partei die innerparteiliche Disziplinierung verstärkt wurde. Das an sich hervorragende Statut der SED spielte überhaupt keine Rolle mehr. Das Sekretärsregime von oben nach unten setzte alle demokratischen Regeln außer Kraft, die innerparteiliche Debatte wurde stranguliert.

Obwohl immer offensichtlicher die Parteiführung in direktem Widerspruch zu unserer Theorie und dem Parteistatut handelte (eine meines Erachtens deshalb im Zusammenhang mit den Krisenursachen wesentliche Feststellung, damit nicht das Versagen der Theorie, ihre praktische Widerlegung von wem auch immer behauptet werden kann), gab es meines Erachtens noch kein hinreichend entwickeltes Krisenbewusstsein, um einen "Paradigmenwechsel" für überlebensnotwendig anzusehen.

III.

Zwei Jahre seien in der Entwicklung der Krise kurz hervorgehoben: 1982 und besonders 1987. Seit 1978 geriet die Wirtschaft in den Teufelskreislauf des Kapitaldienstes gegenüber westlichen Gläubigern. Um die Zahlungsfähigkeit der DDR aufrechterhalten zu können, wurden immer häufiger ökonomisch katastrophale Entscheidungen getroffen. Alles, was sich auf dem NSW-Markt irgendwie verkaufen ließ, wurde exportiert und brachte die eigene Wirtschaft noch mehr ins Trudeln (Rohstoffe, Erdölprodukte, Zement, Stickstoff, Kali, Eier, Butter und Fleisch, technische Konsumgüter). Die produktive Investitionsquote wurde laufend gesenkt, notwendige Importe gekürzt, neue Kredite zur Zins- und Schuldentilgung aufgenommen, nicht erfüllte Pläne im Nachhinein korrigiert usw. Die sowjetische Wirtschaftskrise wirkte mit ihren Folgen als Verstärker.

Während Honecker auf dem X. Parteitag 1981 verkündete, dass der Wirtschaftspolitik und dem Plan ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Verbrauch, von Akkumulation und Konsumtion zugrunde lägen, war die DDR 1982 in die bis dahin tiefste ökonomische Krise geraten und gegenüber dem Westen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.

Für Honecker, Mittag und Mielke war es das wichtigste Anliegen, die tatsächliche Lage nicht nur vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, sondern jede Diskussion auch innerhalb der Partei zu verhindern. Dabei waren sich die verantwortlichen

Fachabteilungen im Großen Haus wie der Regierung durchaus über den Ernst der Lage im klaren, und sogar Mielke wurde durch eine umfassende Analyse aus dem eigenen Haus davon in Kenntnis gesetzt. Ende Januar 1982 lagen ihm Schlussfolgerungen aus einer ökonomischen Gesamtanalyse vor, die eine hochkarätig aus Spitzenfunktionären und Ministern zusammengesetzte Gruppe für das MfS erarbeitet hatte.⁶

Darin hieß es eingangs mit aller Deutlichkeit, es bestehe die reale Gefahr der kurzfristig eintretenden Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW, der Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung mit nicht zu gewährleistender Bewältigung möglicher Gefahrensituationen. Der Volkswirtschaftsplan sei nicht bilanzierbar und der Fünfjahrplan könne seine bilanzierende und steuernde Funktion nicht erfüllen. Diese Lage sei durch innere, objektive und subjektive, Faktoren und äußere Einflüsse entstanden, wobei die inneren die entscheidenden seien. Das zielte auf Mittag und die voluntaristischen Entscheidungen und willkürlichen Eingriffe seines Apparates.

Obwohl in dem Konzept die inneren Faktoren als die entscheidenden Krisenursachen betrachtet wurden, kamen auch diese führenden Genossen zuallererst nur zu einem Lösungsvorschlag, der auf äußere Hilfe seitens der SU setzen wollte. Diese sollte 20 Milliarden VM-Schulden der DDR übernehmen, wofür im Gegenzug die DDR durch die freiwerdenden NSW-Exportkapazitäten diese Schulden plus Zinsen durch Warenlieferungen an die SU im Umfang von 30 Milliarden Mark bis 1987 begleichen würde.

Da diesem Gremium natürlich die kritische Lage der SU nicht völlig unbekannt war, benannten sie drei denkbare Alternativen:

1. Es gelingt durch außergewöhnliche Anstrengungen die NSW-Exporte und ihre Erlöse ausreichend zu steigern, um den Verpflichtungen nachzukommen, die Importe zu minimieren und die Ablösung durch Eigenleistungen zu sichern, wobei das Risiko einer Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung und weitere Schwierigkeiten bei der materiellen Sicherstellung der Produktion in Kauf zu nehmen wären;
2. es gelingt, bei den westlichen Banken neue Kredite zu bekommen;
3. die Zahlungsunfähigkeit wird in Kauf genommen und die negativen Wirkungen wären zu minimieren.

Es kam - wie wir wissen - 1983 und 1984 zu den berühmt berüchtigten Milliardenkrediten und zu weiteren verzweifelten Exportanstrengungen durch KoKo, um alles, was sich verhökern ließ, bis zur letzten Antiquität, zu verkaufen (von den beschämenden Häftlingsfreikäufen ganz zu schweigen). Mittag ließ im ND mitteilen, es sei zu zeitweiligen "Rhythmusstörungen" in der Wirtschaft gekommen. Die unter 1., besonders unter 3. genannten Alternativen hatten keine Chance, denn sie wären einer Bankrotterklärung Honeckers und Mittags gleich gekommen, wären kaum ohne Führungswechsel vonstatten gegangen. Eine "Sonderperiode" wie in Kuba nach 1989 auszurufen konnte sich ein Fidel Castro leisten, die Honecker-Führung nicht. Sie setzte weiter auf die inzwischen kaum noch geglaubte Erfolgspropa-

ganda und hoffte, sich irgendwie durchzuwursteln, mehr oder minder nach dem Motto: Nach uns die Sintflut!

Aus den letzten Jahren vor dem Ende sei noch das Jahr 1987 hervorgehoben. Es wurde nicht nur in politischer, mehr vielleicht in mentaler Hinsicht zu einem Schlüsseljahr, zum Beginn der Endkrise. Hagers Spruch vom unnötigen Tapetenwechsel, wenn der Nachbar ..., war das Ende der Hoffnung auf offene Debatte.

Am 12. Juni sprach Reagan vor dem Brandenburger Tor und forderte von Gorbatschow: Open the Door! Die Ausstrahlung des Evangelischen Kirchentags wie des X. Schriftstellerkongresses der DDR verstärken Unsicherheit und Deprivation bei immer breiteren Schichten.

Im August wird das gemeinsame Papier SED-SPD veröffentlicht und verunsichert große Teile des Parteiapparats. Hoffnungen, Illusionen und Zweifel an der Autorität der Parteiführung verstärken sich, als keinerlei erwartete Schritte folgen. Die steigende Flut an Ausreiseanträgen kann nicht gebremst werden, obwohl wiederum fast 17 000 Bürger ausreisen dürfen. Besuchsreisende können seit dem 1. Juli nur noch 15,- DM (statt 70,-) eintauschen. Über westliche Medien wird die Forderung des SPD-Vorsitzenden verbreitet, es müsse möglich sein, dass Ostberliner Jugendliche zu Rockkonzerten nach Westberlin kommen dürfen. (Vor dem Reichstag hatte ein großes Open-air-Konzert stattgefunden. Etwa 2000 Fans waren an die Grenze gekommen und hörten zu, Rufe: Die Mauer muss weg und skandieren Gorbi, Gorbi.) Die 750-Jahr-Feier Berlins wird in den Problembezirken der DDR sehr negativ aufgenommen. Am 13. August demonstrieren auf beiden Seiten des Brandenburger Tores Hunderte vor allem Jugendliche für Reisefreiheit, der Olof-Palme-Gedenkmarsch verstärkt Irritationen und ermutigt die Bürgerbewegung, sich den öffentlichen Raum zu erobern.

Die BRD-Reise Honeckers - schon die Ankündigung im Juli - weckte, wie die Informationsberichte des MfS dokumentieren, neue und große Erwartungen hinsichtlich des Reiseverkehrs und wirtschaftlicher Hilfe. Zehntausende Ausreiseantragsteller erwarteten nun eine rasche Bewilligung. (E. H.: Es werde der Tag kommen, an dem die Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden wie DDR-Polen. Wenig später: Die Mauer wird noch 100 Jahre bestehen, wenn ...) Im Westfernsehen wird eine (von der Taz) nachgemachte ND-Titelseite gezeigt mit der Schlagzeile: Erich, nimm uns mit! Die auch in den DDR-Zeitungen veröffentlichte Rede Kohls (mit seiner Replik zur "Einheit und Freiheit aller Deutschen"), der Besuch E. H. in seiner saarländischen Heimat haben - so die MfS-Information - besonders bei Jugendlichen "illusionäre Vorstellungen" zur sogenannten Wiedervereinigungsproblematik hervorgebracht. Auch über verbreitete Missbilligung, Verweigerung eingeforderter zustimmender Leserbriefe in der SED-Mitgliedschaft und erste Ausritte wird berichtet. War es das Ziel gewesen, mit dem Staatsempfang in Bonn zu demonstrieren: "Die Teilung Deutschlands hat sich vollendet. Der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR in Bonn ist dafür die Affirmation,"⁷ so war die Wirkung eher gegenteilig.

Ende November kommt es zur privat gefilmten Verhaftung von 20 Mitgliedern der "Umweltbibliothek" am Prenzlauer Berg, Eppler, Vogel und Lafontaine protes-

tieren; am 10. Dezember, dem UNO-Tag der Menschenrechte, kommt es wieder wie nach der L-L-Demo zu 55 Verhaftungen, und Ende Januar werden Klier, Krawczyk, Templin, Bohley und andere unbefristet nach Großbritannien oder der BRD abgeschoben.

1987 erreichen die mentale Abwendung, die Resignation, der Zynismus und das Netzwerk der oppositionellen Grüppchen mit ihren bis dahin kaum mehr als 500 Mitgliedern eine neue Qualität, einen ersten Zuwachs von rund 2000 Sympathisanten. Der im Sommer 1989 erfolgende Exodus tausender vor allem junger Menschen, der sich zur Massenhysterie steigerte, hat in dieser entstehenden Gefühlslage seinen Vorläufer und ermöglichte den Sieg der Bilder. Anders kann man das nicht bezeichnen, denn es waren ja nicht völlig neue reale Umstände oder überraschende Ereignisse wie es eine Kriegsgefahr, Hunger, eine plötzliche gravierende Verschlechterung der materiellen Lage der Massen oder ein Blutbad der Herrschenden es hätten sein können, sondern es waren vor allem und zuerst Gefühle, Zweifel und enttäuschte Hoffnungen, die die Massen weg oder auf die Straßen trieben. Die entsetzliche Medienpolitik Honeckers und die unglaubliche inszenierte Öffentlichkeit hatte die Gefühle der Empörung und Abwendung rasant wachsen lassen. Die Botschaftsbesetzung in Prag und der Wahnwitz ihrer Ausreise über Dresden durch die DDR schaukelten dies noch weiter hoch und zeigten, dass Honecker auch vom massenpsychologischen Faktor in der Politik nicht das Geringste verstand. Der Hallenser Psychologe Maaz hat dies sehr treffend in seinem Buch "Der Gefühlsstau" beschrieben, gegenüber dessen Ausbruch eine rationale Debatte nun keine Chance mehr hatte.

Massenflucht und Massenprotest waren gespeist aus allgemeiner Unzufriedenheit mit den Zuständen und der - ich nenne das mal "Intershoperfahrung" -, dass sich nur mit Westmark alle Probleme lösen lassen. (Es gibt Autoren, die den DM-Umlauf innerhalb der DDR 1988 umgerechnet auf den Schwarzmarktkurs auf 62 Prozent des gesamten Geldumlaufs beziffern.⁸⁾ Aus diesen ganz profanen wirtschaftlichen Gründen wuchs Ende 1989 der Schrei "Wir sind ein Volk", ein aus der ökonomischen Krise gespeister DM-Nationalismus. Über die Krisenjahre hinweg war durch die bunte Konsumwelt des Westfernsehens und der Westreiseerzählungen bei breiten Schichten unsere - wenn auch schwache - eigene DDR-Identität erodiert.

Mit zunehmender Schärfe hatte sich seit Mitte der achtziger Jahre ein Bündel von folgenden Krisensymptomen entwickelt:

auf wirtschaftlichem Gebiet:

- der wachsende Rückstand auf technologischem Gebiet und der Arbeitsproduktivität;
- in der Innovationsfähigkeit infolge der zu geringen, auf maximal acht Prozent abgesunkenen produktiven Investitionsquote;
- der rapide Verschleiß der Infrastruktur;
- die Inkaufnahme immer größerer ökologischer Belastungen vor allem in den Ballungsgebieten (und nicht ganz zufällig beginnen die Massenproteste in den Süd-

bezirken und ökologisch besonders belasteten Städten wie Leipzig, Halle oder Plauen);

- die bis an die Grenze kommende Verschuldung bei westlichen Banken und die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von der BRD (Transferzahlungen, Swing, Kredit, EG-Präferenzen);
- Bevölkerungsschwund durch Weggang von qualifizierten Arbeitskräften (seit 1949 4,5 Millionen);

auf sozialem Gebiet:

- akute Versorgungsmängel und -krisen;
- Sinken des Reallohniveaus (die Kaufkraft sank seit 1983 durch jährliche Preissteigerungen von rund 2,5 Prozent, was durch Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht ganz aufgefangen wurde);
- Inkaufnahme einer illegalen zweiten Währung (Intershop, Genex);
- Zunahme des Kaufkraftüberhangs auf etwa 15 Milliarden Mark;

auf geistig-kulturellem Gebiet:

- der Verlust jeder Hegemonie sozialistischer Ideologie und Kultur und die Überlagerung des kulturellen Lebens und der Unterhaltung durch westliche Produktionen und Einflüsse auf die Lebensweise vor allem jüngerer und junger Menschen. Die Absage an die Einheit der deutschen Nation und das Zwei-Nationen-Konzept hatten ein ideologisches Vakuum hinterlassen. (Eppler: Er möchte kein Land regieren, wo dessen Bewohner jeden Abend um 20.00 Uhr in ein anderes Land emigrieren.) Dieses Vakuum begünstigte die Entwicklung im Wendeprozess, dass die soziale Frage rasch von der nationalen überlagert wurde;
- die Abkehr immer größerer Teile der Intelligenz und Künstlerschaft von der DDR;
- die verstärkte Instrumentalisierung der Gesellschaftswissenschaft zur apologetischen Verfälschung der Wirklichkeit;
- Verstärkung von Versuchen zur Unterdrückung systemkritischen und alternativen Gedankenguts;

auf politischem Gebiet:

- die Unfähigkeit zur demokratischen Weiterentwicklung der Block- bzw. Bündnispolitik und nichtautoritärer Herrschaftsformen;
- die Verstärkung von Repressionsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Kräften;
- Missachtung der gewählten Volksvertretungen bis hin zur Wahlfälschung;
- Aufkündigung bisheriger internationalistischer diplomatischer Zusammenarbeit und Abstimmung.

Das ND hat einen zaghaften Versuch gestartet, eine Debatte über die Ursachen unseres Untergangs im 20. Jahr zu führen. ND-Leser werden sich erinnern, dass dies mit einem Beitrag eines Theologen und einstigen Bürgerrechtlers Friedrich Schorlemmer eröffnet wurde, einem SPD-Mitglied, welches übrigens fast nur noch im ND oder linken Gremien zu Wort kommt. Obwohl der Beitrag einige richtige, gute Sätze enthält, lenkt sein essayistischer Charakter das Nachdenken in alle möglichen Richtungen.

1. Ein erster Fehler: Die DDR-Systemkritik, unser alternativer Gesellschaftsversuch wird nicht mit dem Blick auf die gegenwärtige Welt und Gesellschaft zusam-

men gedacht, wird nicht als früher Versuch einer anderen Weichenstellung erkannt, der die inzwischen weit über die sozialistisch/kommunistische Linke hinaus erkannte Fehlentwicklung des kapitalistischen Systems korrigieren wollte. Krise und Untergang der DDR sind nur als Teil der Implosion des mittel-osteuropäischen Frühsozialismus zu verstehen, die einen Bruch innerhalb der Epoche des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und des ersten Versuchs zur Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems darstellt. Auch die (primären) inneren Widersprüche kann man nicht von den äußeren negativen Einflüssen und Widersprüchen trennen, die es auch seitens der "Schutzmacht" und aus dem nicht funktionierenden RGW heraus gab.

2. Der zweite Fehler: Die DDR wird nur von ihrem Ende her betrachtet, was eine wissenschaftlich-methodologisch nicht akzeptable Sichtweise ist.

3. Faktologisch falsch sind Behauptungen wie die von dem ungebrochenen nationalen Einheitswunsch und ständig fehlender mehrheitlicher Zustimmung zur DDR-Gesellschaft. Selbst Ende 1989 gab es noch eine knappe Mehrheit für den Erhalt der gesellschaftlichen Verhältnisse in einer erneuerten DDR.

4. So richtig ein Satz Schorlemmers ist: "Der Westen hat den Osten insbesondere ökonomisch 'besiegt' ", steckt die wichtigste Aussage in einem Nebensatz an anderer Stelle. Schorlemmer schreibt dort: "Es ist richtig, dass die DDR unter dem festgeschriebenen Führungsanspruch der SED keine politischen Alternativen zuließ, *nicht einmal innerhalb dieser Partei*, und jegliche Opposition kriminalisiert wurde."⁹

Als Marxisten gehen wir selbstverständlich vom letztendlich bestimmenden Primat der Ökonomie aus. Der Charakter der Produktionsverhältnisse und die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte bestimmen das Wesen der Politik und ihre Gestaltungsmöglichkeiten. Das dürfte unbestritten sein, aber das gilt natürlich nur in der Dialektik von Basis und Überbau. In dieser Dialektik hat die Politik in dem Sinne das Primat, dass die Politik die für die Ökonomie günstigsten Voraussetzungen und Bedingungen schaffen muss. Auch hinsichtlich dieser objektiven Forderung gegenüber haben Honecker und Co. als politische Führer total versagt. Und diesen Typ von Führern gab es, weil sie dem Typ des antileninistischen, vom Stalinismus deformierten Parteityps entsprachen.

Entgegen des öffentlich demonstrierten Selbstbewusstseins war der SED-Spitze die Schwäche des Staates, seine ganze Fragilität angesichts des mächtigen Westteils des Landes und des zunehmend desolaten Zustands der eigenen Verbündeten durchaus bewusst. Die sichtbar werdende Krise der sowjetischen Führungsmacht und der dilettantische Reformversuch unter Gorbatschow erschienen ausschließlich als Gefährdung der eigenen Macht, nicht auch als kleine letzte Chance. Natürlich verlief der Prozess in der SU katastrophal. Glasnost und Perestroika - schon in der Reihenfolge lag der entscheidende Fehler: Die immer hemmungslosere Aufdeckung (und dann noch Aufbauschung) von Fehlern, Mängeln, Privilegienmissbrauch usw. musste zum Kollaps führen, da jede Änderung, Besserung, neuer Mut und Zuversicht fehlten. Man hätte mit der ökonomischen Reform beginnen müssen, zuerst die Rüstungslasten radikal mindern, das wirt-

schaftspolitische Konzept mutig ändern und der Realität anpassen (neue NÖP), Partei und Staat (den gewählten Sowjets) wieder ihren unterschiedlichen Funktionen entsprechend auseinander dividieren, die Versorgung verbessern und Privatinitiative fördern, kurz die materiellen Voraussetzungen schaffen, die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu reformieren, den Lebensstandard zu heben usw.

Es handelte sich bei der Krise der DDR um einen Bestandteil der Gesamtkrise des sowjetisch dominierten Lagers, die sich zeitlich leicht verzögert auch in der DDR über Etappen in dem Maße zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise entfaltete, wie sich die von der stalinistischen Erblast gehinderte Partei als weitgehend unfähig erwies, sich selbst zu reformieren, was die entscheidende Voraussetzung gewesen wäre, die notwendige Gesellschaftsreform früh genug einzuleiten. So wurde aus Krisen einzelner Bereiche, beginnend in der Wirtschaft, eine gesamtgesellschaftliche Krise, die ihren Kern, ihre Hauptquelle in der führenden Partei ihren Ausgangspunkt hatte. In der engen Dialektik von Parteikrise und Gesellschaftskrise spielte die Krise der Partei also die primäre Rolle. Erst ihr Versagen in den siebziger Jahren und im Perestroikaprozess machte die Krise zur Existenzkrise, die zum Kollaps führte.

Obwohl also die Krise in der DDR Teil dieser das ganze sowjetische Imperium erfassenden Krise war, gibt es meines Erachtens einen nicht unwichtigen Unterschied gegenüber Charakter und Triebkräften der Krise in anderen RGW-Ländern. Der oft beschworene friedliche Charakter der "Revolution" in der DDR und die Tatsache, dass alle neuen Bewegungen und Gruppen (mit Ausnahme der Pfarrersgruppe der sogenannten SDP) für den Erhalt der sozialistischen Grundlagen und für den Fortbestand einer reformierten DDR waren, beweisen, dass die Krise nicht Folge eines antagonistischen Klassenwiderspruchs war. Im Unterschied etwa zu Polen oder der Tschechoslowakei waren prowestliche und antisozialistische bürgerliche Kräfte und Ideologien anfänglich völlig marginal. Ohne die besondere Lage eines geteilten Landes und der Konfrontation mit einem der höchstentwickelten, reichsten kapitalistischen Industriestaaten hätte eine prosozialistische Reformbewegung mit einer Partei des demokratischen Sozialismus eine reale Chance gehabt.

Man könnte Wesen und den Verlauf der gesellschaftlichen Krise am Verlauf des zu langsam, zu inkonsequent und zeitweise gebremsten Prozesses der Überwindung des Stalinismus illustrieren. Das Leninsche Parteimodell - erfolgreich und selbst nach der Revolution damals die einzige Chance des Überlebens Sowjetrusslands - funktionierte, solange es einen Lenin und eine kollektive Führung gab. Der Ursprung des Scheiterns des ersten Versuchs zur Überwindung der kapitalistischen Weltherrschaft liegt in der Vernichtung der Leninschen Partei durch Stalin und die Übertragung seines Parteimodells auf die kommunistische Weltbewegung.

Bei allen kleinen Fortschritten hinsichtlich der Loslösung vom und Überwindung des Stalinismus nach dem Tod Stalins und dem XX. Parteitag der KPdSU wirkte auch in der SED ein Grundzug des antileninistischen Parteityps weiter: Der Erhalt der DDR war für diese Nomenklaturaspitze identisch mit dem persönlichen Macht-

erhalt. Sie hatten sich nie demokratischen Wahlen in der Partei oder der Gesellschaft stellen müssen. Nun waren sie unfähig zum politischen Dialog, in jeder Beziehung überfordert und vergreist.

Genauso ist eine unbestreitbare Tatsache, dass es ohne die SED, ohne eine straff organisierte, zentralistisch-administrative Partei und ihren Apparat keine DDR gegeben hätte, keinen alternativen Gesellschaftsversuch bei offener Grenze und kein "zweites deutsches Wirtschaftswunder" in den sechziger Jahren. Danach verhinderten das stalinistische Parteiverständnis und die entsprechende Praxis jede innerparteiliche Debatte um notwendige Alternativen im ökonomischen wie gesellschaftlichen Bereich, als es für grundlegende Korrekturen der Strategie und Taktik und Gesellschaftspolitik eventuell noch reale Möglichkeiten gegeben hätte. Demokratischer Zentralismus ist eine Erfolgsbedingung einer sozialistischen Programmpartei.¹⁰

Die Krise in den achtziger Jahren signalisierte, dass es mit dieser SED unter Honecker auf Dauer auch keine DDR mehr geben würde. Als nach der BRD-Reise Honeckers und dem Sputnikverbot das immer mehr SED-Mitglieder und Funktionäre erkannten, war es zu spät. Die kopflose Grenzöffnung war nur der spektakuläre Schlussakkord unter die hilflose Kakophonie der alten Führung. Bei einer 2,3-Millionen-Massenpartei war es völlig unvermeidlich, dass die Krise der Gesellschaft sich genauso auf die Parteimitgliedschaft auswirkte. Nun, mit dem mehr oder minder sichtbaren Ausbruch der Krise bestätigte sich, was sensible Mitglieder und Funktionäre schon länger ahnten, befürchteten, aber nicht verhindern konnten: Über die Jahre hinweg hatten sich - wie Ehrhard Crome meines Erachtens ziemlich zutreffend in seinem Beitrag im Sammelband "Das letzte Jahr der DDR" schildert - drei Gruppen bzw. Strömungen herausgebildet.

Die erste bildeten die "Überzeugungstäter", weltanschauliche Idealisten, die an die marxistische Theorie und die sozialistische Bewegung glaubten und an der Hoffnung festhielten, mit und durch die Partei das verkündete Ziel verwirklichen zu können. Sie waren längst auf Distanz zur Politik der Honecker-Führung gegangen und hofften auf eine biologische Lösung als Voraussetzung für eine Kurskorrektur, einen Neuanfang.

Die zweite Gruppe waren die Zyniker, Mitglieder, die in aller Regel einst an die programmatischen Ziele geglaubt hatten, aber von der Entwicklung enttäuscht diesen Glauben verloren hatten. Doch sie funktionierten weiter, vertraten öffentlich die jeweilige Linie, über die sie sich intern lustig machten oder die sie verbittert verhöhnten, die jedoch skrupellos im Interesse ihrer eigenen Privilegien Kritiker wie von der Führung erwartet verfolgten.

Die dritte Gruppe bildeten die reinen Karrieristen, die nur solange bereit waren, der Parteilinie zu folgen, wie die Machtverhältnisse das geraten erscheinen ließen.

Stefan Bollinger schrieb: "Die Diktatur versagte. Parteilallmacht, Machtmissbrauch, Machtblindheit, Konfliktscheu, Scheitern der Wirtschaftspolitik waren dafür die Stichworte, die von vielen Beteiligten erst in der Konfliktsituation als solche erkannt wurden, obwohl es nicht nur und nicht in erster Linie westliche Kritiker waren, die schon lange die Schwachstellen des östlichen Gesellschaftsmodells be-

nannten. Seit Rosa Luxemburg (statt Karl Kautsky setze ich hier Otto Bauer ein), Leo Trotzki, Nikolai Bucharin, Antonio Gramsci und den Reformökonomien der fünfziger/sechziger Jahre war dies immer wieder auch in der innersozialistischen Kritik geäußert - letztlich aber totgeschwiegen und unterdrückt."¹¹ Einige Vertreter des Eurokommunismus wären auch noch zu nennen. Insgesamt hat sich Rosa Luxemburgs Befürchtung (und seinerzeit sicher etwas naive, ahistorische Kritik an den Bolschewiki des Jahres 1918) auf längere Sicht leider bitter bestätigt. Angelehnt an ihre Formulierung lautet dieses Fazit: Ohne freien Meinungskampf erstirbt das Leben in der Partei, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Einige Dutzend Parteiführer dirigieren und regieren, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur nicht des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.¹²

Das zu verhindern und aus dem Scheitern der SED zu lernen ist für eine Partei, die den Anspruch hat, eine sozialistische Programmpartei zu sein, die eine wichtige Lehre. Die andere: Eine zwar gut gemeinte Politik gegen oder ohne marxistische Theorie und Weltanschauung ist zum Scheitern verurteilt.

Anmerkungen

1 Sabrow, Deutschland Archiv (DA), H. 5/2006, S. 905.

2 Christoph Kleßmann: Arbeiter im "Arbeiterstaat DDR", S. 19 f.

3 Klaus-Dietmar Henke, DA, H. 6/2007, S. 1053. - Hermann Wentker, ebenda, H. 6/2007, S. 1001 ff.

4 Vgl. Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/III, S. 34 ff. - Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950 - 1989, Daten, Methoden, Vergleiche, Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln 2009.

5 Martin Sabrow: Die DDR in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: DA, H. 1/2008, S. 130.

6 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Dokumentation: Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? In: DA, H. 3/2009, S. 467 - 495.

7 Neues Deutschland, 7. Sept. 1987.

8 André Steiner: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Revolution und Vereinigung 1989/90 (Hrsg. von Klaus-Dietmar Henke), München 2009, S. 116.

9 A.a.O.

10 Im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es von Ulla Plener einen hervorragenden Artikel "Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts", worin sie insbesondere Lenins Auffassung darlegt, der ein zutiefst demokratisches Disziplinverständnis vertrat und praktizierte. (Vgl. Jahrbuch ..., 2009/II, S. 60 - 64.)

11 Stefan Bollinger: Die finale Krise. Ein Problemaufriß, in; a.a.O., S. 16.

12 Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1974, Bd. 4, S. 362 f.

Prof. Dr. Siegfried Prokop

Zur Entwicklung der DDR vom 18. März bis 2. Oktober 1990

Bei den ersten freien Wahlen seit 1946 gewann - für viele Beobachter überraschend - das am 1. Februar 1990 geschaffene konservative Wahlbündnis "Allianz für Deutschland". Die CDU unter Lothar de Maiziére wurde mit etwa 41 Prozent der Stimmen die mit Abstand stärkste Partei. Die favorisierte SPD folgte mit 22 Prozent und die aus der SED hervorgegangene PDS mit etwa 16 Prozent.

Jene Partei hatte die Mehrheit erzielt, die einen schnellen Weg zur deutschen Einheit und zur DM-Währung versprach. Aber ein Blankovotum für alles, was später in diese Wählerentscheidung auch immer hinein interpretiert wurde, war es nicht. Eine große Zahl von DDR-Bürgern wollte die Wiedervereinigung mit den Brüdern und Schwestern im Westen eher als einen neuen "Großen Bruder". Viele vertrauten noch auf die Versprechungen des 10-Punkte-Programms von Helmut Kohl. Auch hatte Kohl versprochen, dass ein Anschluss nicht stattfinden werde. Am Wahrheitsgehalt dieses Versprechens zweifelten zwar nicht wenige DDR-Bürger. Einige ahnten allerdings noch nicht annähernd, was ein Anschluss für die eigene Biographie bedeuten würde.

Das Wählervotum berauschte offenbar die "Sieger" im Westen zum Schaden für die innere Einheit der deutschen Nation so, dass sie an die Stelle einer wirklichen Wiedervereinigung die arrogante Ostausdehnung der alten Bundesrepublik setzten, die zynisch als "Beitritt" firmierte. Die linken Parteien von der PDS bis zur SPD hatten nicht zu erkennen gegeben, dass sie in der Herstellung der deutschen Einheit den richtigen Weg sahen und die Spaltung für eine Anomalität hielten. Außerdem traten sie gegeneinander zur Wahl an. Die SPD, die bis Fünf nach Zwölf Uhr enge Kontakte zum SED-Politbüro unterhalten hatte, lehnte nun jeglichen Kontakt zur PDS ab. Die als SDP am 7. Oktober 1989 gegründete Ostkomponente der SPD nahm ohnehin ein sektiererisches Verhältnis selbst gegenüber den ehemaligen Reformern aus der SED ein. Die linken Parteien vermittelten dadurch nicht den Eindruck, mit den komplizierten Problemen auf dem Wege zur Einheit fertig zu werden.

Am 12. April bestätigte die Volkskammer die erste frei gewählte Regierung, eine Koalition der Allianzparteien, der Liberalen und der SPD unter Ministerpräsident Lothar de Maiziére. Am gleichen Tage wurde der Termin für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schon auf den 1. Juli festgelegt. Damit war der Rahmen für den Systemwechsel der DDR hastig abgesteckt worden. Die Regierungserklärung Lothar de Maiziéres am 18. April ging davon aus, dass die Einheit so schnell wie möglich kommen müsse, jedoch so vernünftig und so zukunftsfähig wie nötig.¹ Er benannte all das, was die DDR in die deutsche Einheit einzubringen hätte. Im Jahre 1991 sollten die Bezirke wieder in Länder umgewandelt werden. Bei der deutschen Einheit gehe es um eine wirkliche Gemeinschaft. Die Einigung müsse aus dem Wunsch der Menschen und nicht aus den Interessen von Regierenden entstehen. Die künftige deutsche Verfassung werde den Artikel 23 nicht mehr haben. - Deutschland habe keine Gebietsansprüche an andere Staaten. Die Regierungserklärung de Maiziéres war anspruchsvoll; ihre Verwirklichung hätte die Ab-

wicklung der inzwischen demokratisierten DDR und die Kriminalisierung von Biographien von DDR-Bürgern nicht zugelassen.

Letztlich interessierte dies aber die Bonner Seite überhaupt nicht. Sie glaubte soviel Oberwasser zu haben, dass sie ein besonders krudes Konzept für einen Anschluss der DDR zugrunde legen konnte; was interessierten den Kanzler die Versprechungen von vor der Wahl? In Bonn hatte die Ausarbeitung von Plänen für einen "Tag X", den Tag der deutschen Vereinigung, bereits im Jahre 1952 begonnen. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands legte 1953, 1957, 1961, 1965 und 1969 Tätigkeitsberichte vor, die bis ins Detail "Sofortprogramme" für die Transformation der DDR-Ordnung zur BRD-Gesellschaft enthielten.² Interessant an diesen Planungen war, dass sie von Periode zu Periode auf einen längeren Zeitraum der mit einer gewissen Planmäßigkeit geführten Transformation ausgerichtet waren. Diese Transformation sollte auch der ostdeutschen Elite eine Chance geben. Der Forschungsbeirat geriet im Vorfeld der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ins Abseits, weil er mit Plänen für den "Tag X" die neue Ostpolitik von Willy Brandt störte. Er stellte 1974 seine Tätigkeit offiziell ein.

Nicht eingestellt wurde offenbar die Vorarbeit für den "Tag X" durch die Bonner Ministerialbürokratie. Sie arbeitete klammheimlich an "Tag X"-Plänen weiter, während die Bundesregierung mit der DDR-Regierung Verträge abschloss und Handel und Wandel florieren ließ. Über deren Inhalt wurde nichts mehr bekannt. Was dann 1990 aus der Schublade gezogen wurde, unterschied sich in mancher Hinsicht von den wohlüberlegten Plänen des Forschungsbeirats. In der Regierungszeit von Helmut Kohl hatte sich die Position immer mehr zu einer auf Protektoratserfahrungen basierenden "Crashlösung" hinbewegt, für die ein Artikel Ludwig Erhards vom September 1953 die Grundlage bot.

Erhard sprach sich in einer Zeit, da sich die beiden deutschen Staaten so sehr noch nicht auseinander entwickelt hatten, dafür aus, die Vereinigung außerhalb eines vorgefassten "Wiedereingliederungsplans" vorzunehmen.³ Wie es gar nicht anders sein konnte, sah Erhard die Marktwirtschaft als das einzig wirksame Wundermittel an, das die rasche Eingliederung bewirken werde. Als ersten Schritt empfahl er die "Einbeziehung in unser Währungssystem".⁴ Erhard sagte erstaunlich klar voraus, was damit bewirkt werden würde: "Mit diesem Prozess wird dann naturgemäß die wirtschaftliche Lage der Sowjetzone schonungslos offengelegt, und es kann kein Zweifel bestehen, dass das Resultat betrüblich, ja, vielfach sogar erschütternd sein wird. Das heißt mit anderen Worten, dass wir mit einem starken Leistungsgefälle zwischen Ost und West rechnen müssen, und dass sich daraus schwerwiegende Konsequenzen für die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung ergeben können. Dennoch müssen wir den Mut zur Klarheit und zur Wahrheit aufbringen, weil erst dann die Mittel der Heilung eingesetzt und wirksam werden können."⁵ Schutzmaßnahmen wurden als leistungshemmend abgelehnt. Stattdessen sollten der Ostwirtschaft "produktionsfördernde steuerliche Erleichterungen und Befreiungen" gewährt werden. Dieser Ratschlag Erhards wurde überwiegend nicht berücksichtigt. Zur Beruhigung versicherte Erhard den Westdeutschen: "Weder wird für die heutige Bevölkerung des Bundesgebiets durch den Zusammenschluss

eine steuerliche Belastung eintreten, noch etwa dadurch die Existenz von Betrieben gefährdet werden."⁶ (Das Ende der Vereinigungssteuer, die in Ost und West seit vielen Jahren gezahlt wird, des Solizuschlags, ist heute immer noch nicht abzusehen.)

Die Regierung Kohl hielt sich Jahrzehnte später schematisch an dieses Konzept, das vielleicht 1953 realistisch war. Es musste notgedrungen wegen der fundamentalen Entwicklungen nach Jahrzehnten zu einer Art Morgenthau-Plan für die Deindustrialisierung des Gebiets der DDR degenerieren. Wohl kaum kann Ludwig Erhard die Schuld dafür gegeben werden.

Das Konzept des Kanzlers ging über Erhards Vorstellungen von 1953 noch hinaus. Seine Schwachpunkte waren die Währungsumstellung in der extremsten Variante und in Konfrontation mit dem Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl noch vor der eigentlichen Einheit⁷, die den nachhaltigen Kollaps der DDR-Wirtschaft bewusst einkalkulierte und damit ungefragt auch den Westdeutschen eine riesige materielle Belastung aufbürdete, und der ins Auge gefasste Beitritt der DDR nach Artikel 23, der Missbräuchen, vor allem der rechtlichen Ungleichstellung der Ostdeutschen, Tür und Tor öffnete. Der Beitritt nach Artikel 23 wurde benutzt, schon bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag den Status eines ungleichen Partners zu konstituieren. Freimütig bekannte später Wolfgang Schäuble zu seiner Verhandlungsposition: "Wir wollen nicht kaltschnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinwegsehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt."⁸

Warum eigentlich nicht? Verfügte die DDR inzwischen nicht über eine frei gewählte Regierung und ein solches Parlament? Hatte sich das Volk der DDR nicht im Herbst 1989 die Demokratie selbst erkämpft, während die Bundesrepublik die Demokratie aus den Händen der Westalliierten geschenkt bekam? Was führende Politiker des Westens Honecker nie zu sagen wagten, das musste sich der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR nun anhören. Musste er es akzeptieren? Lothar de Maiziére wurde deswegen nicht wenig gescholten, am schärfsten wohl von Wolfgang Harich, der ihn einen "gekauften und erpressten Strohmann"⁹ nannte. Insgesamt kritisierte Harich an de Maiziére:

1. Die Ignorierung der nationalen, gegen Adenauer opponierenden Tradition Jakob Kaisers.
2. Den Verzicht auf Ansprüche, die sich mit den Reparationsleistungen der ostdeutschen Bevölkerung 1945 bis 1953 begründen lassen.¹⁰
3. Den Verrat an Berlin.¹¹
4. Die Zustimmung zu der "Vereinbarung", die die Verfolgung der DDR-Eliten zum obersten Gebot, vorrangig gegenüber dem Einigungsvertrag, erhob.

Aber auch in öffentlichen Veranstaltungen und in Leserbriefen wurde de Maiziére scharf attackiert. Sein Votum für den Beitritt nach Artikel 23 spielte dabei eine Rolle. In einem Leserbrief hieß es: "Ursache allen Übels ist der von ihm als ... 'Königsweg' gepriesene Beitritt zur BRD. Unversöhnlicher Hass und Feindschaft prägten bekanntlich vierzig Jahre lang die Politik der BRD gegenüber der DDR. Und da kommt plötzlich ein Politiker wie de Maiziére und liefert sie diesem Staat

aus. Ja, was konnte er denn da von der BRD erwarten? Er verschaffte ihr einen scheinbar leichten Sieg und die Möglichkeit, alten Hass bis zum Exzess auszuleben und alte Rechnungen zu begleichen ... War Herr de Maizière wirklich so naiv, dass er das nicht voraussehen konnte? Er sollte endlich einmal begreifen, dass das, was er getan hat, das Schlimmste war, was er tun konnte."¹² Was Harich dazu sagen würde, dass den Ministern des de Maizière-Kabinetts für die fünfeinhalb Monate Regierungszeit im Jahre 1990 inzwischen eine stattliche Ehrenpension zuerkannt wurde¹³, kann nur vermutet werden.

Eine makabre Rolle im Kabinett de Maizière spielte Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatssekretär den Staatsvertrag für die Währungsunion und den Einigungsvertrag "aushandelte", indem er auf alle Forderungen von Wolfgang Schäuble willfährig einging. Eine Vielzahl nachfolgender Affären (zum Beispiel die "Autobahnraststättenaffäre", die "Putzfrauenaffäre" und andere) führten zur Beendigung seiner Politikerkarriere. Heute betreibt er eine Firma für Heizkostenabrechnung in Osteuropa.

Dieser Minister Krause war gewiss kein Ruhmesblatt der ersten frei gewählten Regierung. Aber Lothar de Maizière? Kann man ihm nicht glauben, dass er zum Beispiel bei den Regelungen zur Überführung des DDR-Rentenrechts in das bundesdeutsche Rentenrecht mit "Leichtgläubigkeit und Blauäugigkeit"¹⁴ und nicht mit Absicht zu Werke ging? De Maizière traute der anderen Seite die später offenbarten Verhaltensweisen offenbar nicht zu. Die Durchsicht von Äußerungen des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière ergibt, dass er sich redlich um die Interessen der 16,5 Millionen DDR-Bürger bemühte.¹⁵

Aber gegen welche Mächte versuchte er dies? Zunächst gegen die drastische Verschlechterung der ökonomischen Lage der DDR nach der Währungsunion. Im Unterschied zu den früheren DDR-Regierungen standen de Maizière infolge des schnellen Systemwechsels nicht mehr die zentralen Regulierungsinstrumente zur Verfügung. Neue mussten erst entstehen. Sie funktionierten noch nicht, konnten es bis dato auch gar nicht. Welchen Spielraum also besaß der Ministerpräsident, wenn er beim Haushaltsplan für das zweite Halbjahr 1990 zu drei Fünfteln auf westdeutsche Transferleistungen angewiesen war? Im Büberhemd musste er zum Wolfgangsee, den Urlaubsort des Kanzlers fahren, und sich den weiteren, eher traurigen Gang der Dinge diktieren lassen. Die DDR-Wirtschaft, die infolge der Währungsunion mit einer schlagartigen Mehrfachaufwertung konfrontiert war, kollabierte wohl oder übel.

Das war von der Bundesregierung so gewollt. Eine mehr als drei bis vierfache Aufwertung vertragen selbst starke Wirtschaften nicht. Die DDR-Wirtschaft konnte als kalkulierte Folge des Währungsschocks den Staatshaushalt nicht mehr tragen und war damit total abhängig geworden.

Der Verlauf der 2+4-Verhandlungen zeigte zudem, dass die UdSSR selbst Position für Position aufgab, weil sie mit Blick auf den unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrott¹⁶ schon ab Herbst 1988 auf bundesdeutsche Kredite angewiesen war. De Maizières Bemühen wäre erfolgreich gewesen, wenn die Bundesregierung davon Abstand genommen hätte, die Schwäche der DDR-Seite für ein Diktat aus-

zunutzen. So entstand die Situation, dass der Zeitplan und die Inhalte im weiteren Fortgang ausschließlich in Bonn bestimmt wurden. Die Frage nach der Schuld für die dadurch verursachten deutsch-deutschen Verwerfungen muss an die deutschen Politiker gerichtet werden, die in ihren Entscheidungen relativ frei handeln konnten.

Der Vorwurf, dass die zeitliche Hetzjagd auch bewirkte, dass nicht einmal die formalen Spielregeln der Demokratie eingehalten wurden, wird kaum bestritten werden können. In Übereinstimmung mit den Erinnerungen der aufmerksamen politischen Beobachter erklärte der Vizepräsident der letzten Volkskammer der DDR, Reinhard Höppner (SPD), später: "Der endgültige Beschluss über den Beitritt fiel ..., ohne dass die Volkskammer die Inhalte des Einigungsvertrages kannte."¹⁷

Eine Rolle spielte auch der Werdegang des "Stasi-Syndroms"¹⁸, hinter dem nicht nur die westliche Regie, sondern auch handfeste materielle Interessen bestimmter Ostdeutscher standen. Schuld nahm das Kabinett de Maiziére durch die beschämenden Unterwerfungsrituale auf sich. Das voreilige Abmontieren des DDR-Staatswappens vom Palast der Republik am 8. Juni 1990 und die Verlegung der letzten Volkskammerberatungen ab 20. September 1990 vom "asbestbelasteten" Palast der Republik in das Gebäude des ZK der SED, das wesentlich höher "asbestbelastet" war, dienten gewiss nicht den Interessen der Ostdeutschen. Wenn der Ministerpräsident mit dem in Bonn praktizierten Umgangston nicht einverstanden war, wie er verschiedentlich zu erkennen gab, so wäre es den Interessen der 16,5 Millionen Ostdeutschen dienlicher gewesen, wenn Lothar de Maiziére die Zivilcourage zum Rücktritt aufgebracht hätte. Ein solches Signal an die nationale und internationale Öffentlichkeit, das verdeutlichte, wie wenig Spielraum der ersten frei gewählten Regierung für die Vertretung der Interessen der Ostdeutschen gelassen wurde, hätte nicht einfach ignoriert werden können.

Nicht weniger problematisch war, dass eine am 18. September von Krause und Schäuble unterzeichnete und an den Parlamenten vorbei lancierte "Vereinbarung"¹⁹ über die Beurteilung von "SED-Unrecht" in ihrem Rang über den Vertrag erhoben wurde. Das war bereits nach Abschluss der "2+4-Gespräche". Hätten die Vier einem "Konzept der Abrechnung" ihre Zustimmung gegeben? Das muss bezweifelt werden. Duma-Abgeordnete Russlands stellten am 25. Mai 1996 in einer Erklärung fest: "Die BRD wurde von niemandem berechtigt, gerichtlich Urteilsprüche über das souveräne Handeln der DDR und ihrer Staatsorgane zu fällen."²⁰ Die Positionierung der Duma zum Thema "Beutekunst" kann auch so verstanden werden, dass ein ganz bestimmter Umgang mit den ehemaligen Verbündeten der UdSSR gegen die Siegerarroganz selbst zurückschlägt.

Für die abschließende Beurteilung der Verträge über die deutsche Einheit reicht bis jetzt die zeitliche Distanz noch nicht aus. Dennoch: In den Jahren nach dem Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 sticht die tiefgreifende Einheitskrise ins Auge. Aus der ehemaligen DDR wurde eine Gesellschaft, die in mancher Beziehung getrennt von der Gesellschaft im Westen des Landes ist. Trotz politischer Vereinigung des Landes wurde und wird die sozialökonomische Spaltung nicht überwunden. Ohne den überfälligen Reparationsausgleich und bei gleichzei-

tiger Verscherbelung von 85 Prozent des Volkseigentums an westdeutsche Besitzer wurde die langandauernde wirtschaftliche Schwäche des Ostens für lange Zeit manifest. Der 1994 erschienene Bericht "Armut in Deutschland" sprach von einer "Spaltung in einen reicheren Westen und einen ärmeren Osten".²¹ Alles Gerede über den "Aufschwung Ost" konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass einem Haushaltsmitglied im Osten mit 15 200 DM nur 59,3 Prozent dessen zur Verfügung standen, was ein westdeutsches Haushaltsmitglied im Jahr 1993 verbrauchen konnte (25 800 DM). Ostdeutschland drohte, so hieß es im Armutsbericht, "auf absehbare Zeit - wenn nicht gar dauerhaft -" der Status einer Armutsregion.²²

Wurde immerhin bis 1996 infolge der Sonderabschreibungsregelungen im Immobilienbereich eine im gewissen Umfang erfolgreiche Aufholjagd praktiziert, kam es danach erst zu einer Stagnation und zu Beginn des neuen Jahrtausends stand nach einer Formulierung von Wolfgang Thierse der "Aufbau Ost", den Bundeskanzler Gerhard Schröder zur "Chefsache" gemacht hatte, auf der Kippe. Von nun an wurde der Osten wieder weiter abgehängt. Es hat den Anschein, dass die versprochene Lohnangleichung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben worden ist. Auch von Rentenangleichung ist zwei Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit außer in Reden über höheren Mondschein nichts zu spüren. Es naht der Punkt, wo die Nettoabwanderung Ostdeutscher im wiedervereinigten Deutschland den zu DDR-Zeiten erreichten Gipfel überschreiten wird. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahre 2050 nur noch 10 Millionen Menschen im Gebiet der ehemaligen DDR leben werden.

Bester Prüfpunkt, wie wenig die innerdeutsche Angleichung vorangekommen ist, ist die Arbeitslosenrate, sie blieb konstant in den letzte zwei Jahrzehnten im Osten doppelt so hoch; so schlecht vertrat die erste freigewählte Regierung der DDR die Interessen ihrer Bürger - so schlecht vertraten die bisherigen gesamtdeutschen Bundesregierungen die Interessen der Nation.

Anmerkungen

- 1 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: H. Herles, E. Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 447 - 475.
- 2 Vgl. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Erster Tätigkeitsbericht 1952/1953 (Auszug). Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Bonn 1953); Zweiter Tätigkeitsbericht 1954/1956, Bonn 1956; Dritter Tätigkeitsbericht 1957/1961 (Bonn 1961); Vierter Tätigkeitsbericht 1961/1965, Bonn und Berlin 1965; Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/1969, Bonn und Berlin 1969.
- 3 Ludwig Erhard: Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung. Unbegründete Befürchtungen der Planwirtschaft hinsichtlich ungünstiger Rückwirkungen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 174, 12. 9. 1953, S. 1453.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.
- 7 Dieses Konzept hatten Gert Haller, Horst Köhler und Thilo Sarrazin im Bonner Finanzministerium ausgearbeitet. Es wurde davon ausgegangen, dass in der DDR der Industriesektor "künstlich überdimensioniert" sei. Während in der BRD 12,2 Prozent der Wohnbevölkerung in der Industrie beschäftigt waren, waren es in der DDR 20,9 Prozent. In der DDR sollten deshalb 35 bis 40 Prozent der Industriebeschäftigten freigesetzt werden. Die schnelle Währungsunion wurde gebraucht, um die DDR-Wirtschaft zusammenkrachen zu lassen und die anvisierten Ziele verwirklichen zu können. Es ging um den bedingungslosen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik.

- Ausführlich dazu Otto Köhler: Der Freund, der gute Freund, in: junge Welt, 13. Oktober 2009, S. 10/11.
- 8 W. Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 131.
- 9 Vgl. Harichs Beitrag in: S. Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie, Berlin 1994, S. 166 - 174.
- 10 Angespielt wird auf die Absage einer wissenschaftlichen Konferenz an der Humboldt-Universität im Juni 1990, auf der der Vorschlag Bremer Wissenschaftler um Arno Peters über einen Reparationsausgleich zugunsten der DDR gemeinsam diskutiert werden sollte. Vgl. Wolfgang Harich: Strohmänner - oder was sonst?, a.a.O., S. 169.
- 11 Gemeint war, dass im Einigungsvertrag keine Festlegung erfolgte, dass Berlin die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands sein wird.
- 12 H. J. Weise: Was konnte de Maizière denn erwarten? In: Neues Deutschland vom 2./3. 4. 1994, S. 2.
- 13 Die Minister des Kabinetts de Maizière erhalten ab dem 55. Lebensjahr eine Ehrenpension von 650,- bis 800,- Euro monatlich. Vgl. <http://www.welt.de/politik/article2467041: Bundesrat billigt Ehrenpension für DDR-Minister, 19. September 2008>.
- 14 L. de Maizière: Von Wende und Ende. In: Neues Deutschland vom 16./17. 11. 1993, S. 14.
- 15 Ders.: Der Ruf des Liquidators passt mir nicht. In: Ebenda, 8./9. 5. 1993, S. 9.
- 16 Die finanziellen Turbulenzen der UdSSR beschrieb Falin wie folgt: "Im Herbst jenes Jahres 1988 geriet die Staatskasse in Turbulenzen, dann in den freien Fall, der bis in unsere Tage anhielt." - "Unter Gorbatschow wurde praktisch kein einziges Projekt zu Ende geführt. Ständiges Pläneschmieden - je mehr die Perestroika auf der Stelle trat - sollte den Anschein von Vorwärtsbewegung erwecken. Seit Mitte 1988 bewegte sich das Land immer schneller auf einen Abgrund zu." In: Valentin Falin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997, S. 28/29, S. 36/37.
- 17 Berliner Morgenpost vom 24. 8. 1992.
- 18 Dazu schrieb ein Kenner der Materie: "Die bisher erfolgte 'Vergangenheitsaufarbeitung' hat nach meinem Eindruck relativ wenig zur Aufklärung des politischen Systems der DDR und den Platz des MfS in diesem System geleistet. Die vielen aufgeführten Bezüge geben keine klaren Antworten. Oft geht es um die zweckbestimmte Dämonisierung des Ministeriums, es wird zum Solitär oder Staat im Staate erklärt und gleichsam von dessen 'führende Kraft', der SED, abgekoppelt. Oder es wird ein Bezug hergestellt ('Schild und Schwert der Partei'), ohne jedoch die dienende Funktion und den Charakter eines Instruments der SED-Führung bzw. des Generalsekretärs präzise zu benennen. Denn täte man es, verlöre vielleicht das Ministerium seinen dämonischen Schrecken, was aber für die postume Auseinandersetzung mit dem 'Auschwitz der Seelen', wie ein Bürgerbewegter gänzlich ahistorisch meinte, die DDR bezeichnen zu müssen, durchaus hilfreich wäre. Die Neigung zu einer Versachlichung des Themas scheint aber bislang wenig ausgeprägt." In: Matthias Wagner: Das Stasi-Syndrom. Über den Umgang mit den Akten des MfS in den 90er Jahren. Berlin 2001.
- 19 Vgl. <http://www.verfassungen.de/de/ddr/einigungsvertrag90-auslegungsvereinbarung.htm>
- 20 Mit Rechtsstaat hat das nichts zu tun. Duma-Abgeordnete verurteilen Rachejustiz gegen Politiker der DDR, in: Der klare Blick, Linke Zeitung für Chemnitz, 6. Jg., Nr. 69, Juli 1996, S. 14.
- 21 W. Hanesch: Armut in Deutschland, Hamburg 1994, S. 50.
- 22 Ebenda.

Dr. Kurt Laser

Gedanken zu den Ursachen der Krise 1989/90

Über die Gründe für das Scheitern des Sozialismusexperimentes in Teilen Europas und Asiens hat es in den vergangenen 20 Jahren die verschiedensten Erklärungsversuche gegeben. Wir waren uns auf unserem Kolloquium im Juni 2009 einig, dass die Niederlage 1989/90 auf einen ganzen Komplex von Ursachen zurückzuführen ist, wir aber vor allem auf ökonomischem Gebiet gescheitert sind. Es ist den USA gelungen, die UdSSR tot zu rüsten, was zu verheerenden Folgen für andere sozialistische Staaten geführt hat.

Natürlich kann man nicht alles auf die Aktivitäten des Klassenfeindes schieben, wie wir das früher überwiegend getan haben. Man sollte diese Seite aber auch nicht verschweigen und nur die inneren Probleme sehen, wie es heute meist üblich ist.

Weit verbreitet ist - auch bei Linken - die Annahme, dass die russische Revolution von vornherein zum Scheitern verurteilt war, weil sie an der Peripherie ausbrach und die entwickelten kapitalistischen Länder auf diesem Wege nicht vorangingen. Glücklicherweise warten die Lateinamerikaner bei ihren hoffnungsvollen Aktivitäten nicht so lange, bis vielleicht in den USA oder in Deutschland die Revolution ausbricht.

Die enge Bindung der DDR an die UdSSR war sicher eine entscheidende Ursache für ihren Zusammenbruch. Ich erinnere mich an die Worte des leider verstorbenen Theologen Hanfried Müller, des Herausgebers der "Weißenseer Blätter", der sinngemäß sagte: "Man stelle sich einmal vor, die DDR wäre ein Land mit einer entwickelten, international konkurrenzfähigen Wirtschaft, einer vorbildlichen Ökologie, ein international geachtetes Land - das war zweifellos der Fall - mit einer frei gewählten Führung gewesen. Und was wäre dann nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion passiert?"

Die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit der BRD haben wir verloren. Die DDR hatte in der Arbeitsproduktivität einen Rückstand von bis zu 30 Prozent zur BRD.¹

Die Angaben über die Auslandsschulden der DDR bewegten sich nach unterschiedlichen Angaben zwischen 20 und 50 Milliarden Valutamark. Das war für ein Industrieland wie die DDR laut einem Bericht der Bundesbank alles andere als eine Konkursituation. Die Inlandsverschuldung belief sich nach offiziellen bundesdeutschen Angaben beim Inkrafttreten der Währungsunion 1990 pro Kopf der Bevölkerung auf 13 540 DM. Die Verschuldung pro Kopf jedes Bürgers der Altbundesrepublik lag zum gleichen Zeitpunkt bei rund 15 000 DM. Heute sind da noch ganz andere, astronomische Summen im Spiel. Die Verschuldung erreicht mehr als 1,5 Billionen Euro.

Das Geschwätz von der maroden und bankrotten DDR hält keiner ernsthaften Beweisführung stand. Wolfgang Haacke, der frühere stellvertretende Leiter der Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Jörg Roesler und andere haben diese

Lüge erst kürzlich entlarvt. Die DDR hatte zwar riesige Probleme auf wirtschaftlichem Gebiet; sie "hat sich aber wirtschaftlich nicht abhängen lassen", schrieb Jörg Roesler bei der Besprechung des Buches von Gerhard Heske "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. DDR 1950 - 1989. Daten, Methoden, Vergleiche". Nach westdeutscher Berechnung erreichte das Bruttoinlandsprodukt 1950 je Einwohner in der DDR 38 Prozent des Niveaus der BRD. 1990 waren es 56 Prozent.

Diese Differenz schlug sich natürlich im Lebensstandard der DDR-Bevölkerung nieder.² Und das war meines Erachtens der entscheidende Punkt. Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung wollte die brutale kapitalistische Marktwirtschaft, weil sie Illusionen hatte und noch hat. Ralph Hartmann stellte fest: "Ökonomische Gefälle innerhalb eines Landes und auch zwischen benachbarten Ländern führt bei offenen Grenzen unausweichlich zur Abwanderung von Teilen der Bevölkerung aus den ärmeren in die reicheren Gebiete, und das West-Ost-Gefälle auf deutschem Boden war beträchtlich. Die Mehrheit derer, die ihr Bündelchen im immer noch grauen Osten schnürten und im bunten Westen auspackten, zog es weniger in die westliche Freiheit und Demokratie, sondern vielmehr in das bundesdeutsche Wirtschaftswunderland. Diejenigen, die das Gegenteil behaupten, kommen spätestens jetzt bei der Frage ins Stottern, weshalb sich nach 1990, nachdem westliche Demokratie und Freiheit auch im Osten Einzug gehalten haben, die Ost-West-Wanderung im großen Umfang fortgesetzt hat. Immerhin verließen seit 1990 rund drei Millionen Ostdeutsche ihre Heimat und schlugen ihre Zelte im Westen des staatlich vereinigten Deutschland auf."³

An die Treuhandchefin Birgit Breuel schrieb die Schauspielerin Käthe Reichel: "Erst recht ist es eine Legende, dass der ominöse schlechte Zustand der DDR-Wirtschaft auf jeden Fall ('so oder so') den Untergang praktisch der gesamten ehemaligen Industriestruktur, Massenarbeitslosigkeit und die extreme soziale Spaltung in Arm und Reich hätte bringen müssen. Der schlechte ökonomische Zustand war kein absoluter, sondern ein relativer, in der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt.

Länder des Westens selbst, zum Beispiel Griechenland oder Portugal, standen und stehen weit schlechter da als die ehemalige DDR, ohne dass sie bis heute völlig zusammengebrochen wären. Es ist längst nachgewiesen, dass es der brachiale Anschluss an die BRD mit der Währungsunion war, der den völligen Zusammenbruch der Industrie herbeigeführt hat und dass unter solchen Bedingungen auch die Industrie Österreichs oder Belgiens, vielleicht sogar Frankreichs zusammengebrochen wäre."⁴ Noch eindeutiger wird es, wenn man die wirtschaftliche Lage fast aller afrikanischen Länder vergleicht. Und sie existieren bis heute.

Meist wird aber als Hauptgrund für das Scheitern des sozialistischen Versuchs die unzureichende oder fehlende Demokratie genannt. Nun bin ich keineswegs der Meinung, dass wir in der DDR "die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft" hatten, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen.⁵

Mir hat es zum Beispiel nicht gefallen, dass Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED einen höheren Stellenwert hatten als Volkskammergesetze, und ebenso

wenig sagte mir das Zettelfalten bei Wahlen zu. Das war schon 1950 so. Als zwölfjähriger Schüler hatte ich in Schwedt einen Genossen zu begleiten, der die Losung verbreiten sollte "Wer für den Frieden ist, kann seine Stimme auch offen für die Kandidaten der Nationalen Front abgeben". Doch der Genosse erfüllte seinen Parteauftrag nicht, sondern agitierte die Wähler, diesem Aufruf nicht zu folgen. Er ist sicher nicht mehr längere Zeit Mitglied der SED geblieben. Mich überzeugte seine Argumentation. Ich bin deshalb nicht zum "Widerstandskämpfer" geworden, habe aber beim "Wahlkampf" in der DDR immer nur so viel getan, dass ich nicht kritisiert werden konnte. Ich bin für geheime Wahlen von Personen und Personengruppen. Dabei bin ich mir durchaus bewusst, dass auf diese Weise 1933 auch eine Partei wie die NSDAP in die Regierungsverantwortung geschickt werden konnte.

Und heute kann man wählen, was man will. Auf Bundes- und Landesebene kommt immer nur eine von der CDU oder der SPD geführte Regierung heraus. Und wenn es auf Landesebene einmal anders hätte sein können, dann bietet Ramelow, der Vertreter der Linkspartei als stärkste Kraft in einem möglichen Regierungsbündnis, an, dass seine Partei auf den Posten des Ministerpräsidenten verzichten würde. Es ging ja nicht nur um seine Person.

Man muss nicht unbedingt so wie ich die in der Bundesrepublik Deutschland herrschende Gesellschaftsordnung als die mit parlamentarischen Mitteln verbrämte Diktatur des Finanzkapitals ansehen. Das bedeutet nicht, dass etwa Leute wie Ackermann oder Hundt nur zum Telefon greifen und der Bundeskanzlerin ihre Befehle erteilen können. Regierung und Bundestag haben durchaus eigene Spielräume. Sonst hätte es ja überhaupt keinen Sinn für antikapitalistische Kräfte, im Parlament vertreten zu sein und dem offiziellen Regierungskurs gegenzusteuern.

Aber ein Land, in dem die KPD verboten und die NPD erlaubt wurde, und ein Verbot durch die Weigerung der Regierungen verhindert wird, ihre V-Leute aus dieser neofaschistischen Partei zurück zu ziehen, kann nicht von sich behaupten, dass es demokratisch ist.

Ich habe meine Schwierigkeiten damit, die Ereignisse vom Herbst 1989 als demokratische Revolution anzusehen. Aber Tatsache ist, dass - um mit Lenin zu sprechen - die da oben nicht mehr so weitermachen konnten und die da unten das auch nicht wollten. Teile der Bevölkerung, darunter nicht wenige Mitglieder der SED, stellten die bisherigen Machtverhältnisse in Frage und versuchten, neue politische Strukturen von unten her aufzubauen. Die Arbeit der Runden Tische war damals sicher erfolgreich, ist aber keineswegs zukunftsweisend. Die Vertreter der Regierung waren ebenso wenig aus geheimen Wahlen hervorgegangen wie die der Bürgerbewegung. Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 legitimierten sie auch nicht nachträglich. Auf jeden Fall hatte die Bürgerbewegung aus meiner Sicht einen weit geringeren Anteil am Sturz der DDR, als ihre Mitglieder und Anhänger heute noch glauben, und als beispielsweise Gyula Horn.

In dem ND-Artikel von Stefan Bollinger und Jürgen Hofmann wird von einer demokratischen Revolution mit antistalinistischer Stoßrichtung gesprochen. Solche Formulierungen bedeuten in der Regel, dass die gesamte DDR-Geschichte als

stalinistisch angesehen wird, auch wenn man das dann bestreitet. Wenn *das* der Gründungskonsens des Außerordentlichen Parteitages der SED im Dezember 1989 gewesen sein soll, dann befinde ich mich damit nicht in Übereinstimmung. Den von Trotzki erfundenen Kampfbegriff des Stalinismus kann man nicht aus der Welt schaffen, und das Stalinsche Terrorsystem einschließlich seiner Auswirkungen in anderen sozialistischen Ländern ist selbstverständlich scharf zu verurteilen. Aber ich denke gar nicht daran zu akzeptieren, dass die DDR immer stalinistischer wurde, je länger Stalin tot war. Wenn - wie vor einiger Zeit geschehen - zwei Lichtenberger Stadträte der PDS es als Stalinismus bezeichnen, wenn Schüler Schwierigkeiten bekamen, weil sie den Rundfunksender RIAS gehört haben, dann ist das eine Verharmlosung der Stalinschen Verbrechen. Interessant wäre es, wenn die Apologeten des Stalinismusbegriffes sich einmal dazu äußern würden, wie sie denn nun Jugoslawien einschätzen, das sich ja unter Tito eindeutig gegen die Politik Stalins gestellt hat.

In dem genannten ND-Artikel von Bollinger und Hofmann wird nun auch noch der Begriff des "Hochstalinismus" erfunden. "Wenig später", schreiben beide, "wurde dann unter massivem Einfluss der westdeutschen politischen Klasse sowie ihrer Parteien und Institutionen die friedliche Revolution abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration hinübergeleitet."⁶ Mit dem heute oft verwendeten Begriff der politischen Klasse ist die politisch und ökonomisch herrschende Klasse gemeint, denn auch die unterdrückten Klassen sind nicht unbedingt unpolitisch.

Ich unterschätze die Propagandamaschinerie des Kapitalismus keineswegs, sonst wäre in Deutschland auch der Faschismus nicht an die Macht gekommen. Aber ich glaube nicht, dass in so kurzer Zeit ein so gewaltiger Meinungsumschwung der Bevölkerung der DDR erfolgt ist. Vor 1989 war ich der Meinung, dass eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung das bestehende System befürwortet, natürlich nicht eine Mehrheit, wie sie bei Wahlen zustande gekommen ist. Dieser Auffassung bin ich jetzt nicht mehr. Ich denke auch schon, dass sich nicht erst in den achtziger Jahren gezeigt hat, dass die Mehrheit der in der DDR Lebenden eine sozialistische Gesellschaft in dieser Form nicht wollte. Ich habe schon einmal auf einer Veranstaltung des Marxistischen Arbeitskreises die hypothetische Frage gestellt: Was wäre geschehen, wenn 1969 oder 1979 - um in diesem Zehnjahres-Rhythmus zu bleiben - die Grenzen zur BRD und zu Westberlin geöffnet, Volkammerwahlen nach dem gleichen Muster wie 1990 durchgeführt worden wären und die Sowjetunion erklärt hätte, sie würde alle getroffenen Entscheidungen hinnehmen, ohne militärisch einzugreifen?

Darüber kann man sicher geteilter Meinung sein, doch die Entscheidung, die die Mehrheit der DDR-Bürger 1989/90 traf, war eindeutig. Als sich zeigte, dass in Leipzig, Berlin und anderswo demonstriert werden konnte, ohne dass Polizei oder Kampfgruppen eingriffen, wagten es immer mehr Menschen, sich daran zu beteiligen. Nach der Grenzöffnung konnte dann auch völlig ungefährdet der Schlachtruf ertönen: "Wir sind *ein* Volk!"

Immer wieder wird die "starre Haltung" der SED-Führung zu Glasnost und Perestroika kritisiert, in die viele, auch in der DDR, große Hoffnungen setzten. Doch

man kann der DDR-Führung vieles ankreiden, nicht aber, dass sie frühzeitig erkannte, was für ein Scharlatan dieser Gorbatschow war. Wie weit seine Glasnost ging, zeigte sich schon bei der Tschernobyl-Katastrophe, und dass er den geheimen Zusatzvertrag zum deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 in seinem Panzerschrank nicht finden konnte. Wohin die Perestroika die Völker der Sowjetunion führte, ist eindeutig. Bei den russischen Präsidentschaftswahlen hat Gorbatschow dafür die Quittung erhalten. Den von Putin in der "Gazeta Wyborcza" vertretenen Auffassungen, wonach zu den nicht heilenden Wunden des 20. Jahrhunderts auch die Revolutionen gehören, kann ich eben so wenig folgen wie der Feststellung von den "gewaltigen demokratischen Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa zu Beginn der 90er Jahre"⁷. Gewaltige Veränderungen hat es schon gegeben, aber doch noch nicht einmal in Richtung bürgerliche Demokratie. Es gibt einige wenige Superreiche und eine wachsende Zahl von Armen in Russland.

Auch Gregor Gysi vertrat auf dem Parteitag in Cottbus die Auffassung, dass der Staatssozialismus an der "Freiheitseinschränkung", an den "undemokratischen Strukturen" und einer "unproduktiven Mangelwirtschaft" scheiterte.⁸ Mit letzterem hat er sicher recht. In seiner Bundestagsrede zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes kam Gysi zu der Schlussfolgerung, wir hätten in der DDR weder Freiheit noch Demokratie gehabt. Seit dem Anschluss an den Geltungsbereich des Grundgesetzes gebe es aber einen ungeheuren Fortschritt für die ostdeutsche Bevölkerung, und sie lebe in Freiheit und Demokratie, die sie vorher nicht kannte.⁹ Zumindest an mir ist dieser "ungeheure Fortschritt" ziemlich spurlos vorbeigegangen. Nun war ich bis vor Kurzem der Meinung, Demokratie, also Volksherrschaft, habe es letztmalig in der Urgesellschaft gegeben. Doch inzwischen musste ich mich eines besseren belehren lassen. Auch da herrschte - zumindest in den letzten Perioden - das Recht des Stärkeren.

In unserem Kreis wurde schon mehrfach hervorgehoben, dass es gut ist, wenn wir hier sitzen und auch die Führung des Landes scharf kritisieren können. Das wäre zu DDR-Zeiten so nicht möglich gewesen. Bedauerlich ist, dass das offensichtlich keinerlei Gefahr für die Herrschenden bedeutet. Und wenn schon einmal "Der Spiegel" den Marxistischen Arbeitskreis kritisiert, dann schützt uns der Bundesvorstand der Linkspartei, indem er die Geschichtskorrespondenz im Internet sperrt. Dort ist die Verbreitungsmöglichkeit zweifellos größer als in der gedruckten Fassung.

Auf dem Parteitag der Linken am 24. Mai 2008 in Cottbus sagte Oskar Lafontaine: "Aber die DDR ist auch gescheitert, weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Selbstbestimmung hatten. Das sind aber unverzichtbare Bestandteile einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Dies ist eine Lehre aus der Geschichte der DDR." Über die Freiheit in der heutigen Bundesrepublik Deutschland machte er dann noch die kuriose Bemerkung: "Was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben heute die Hartz-IV-Empfänger, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäuferinnen, die in Minijobs beschäftigt sind und bis auf die Toilette von Kameras bewacht werden. Das ist

Freiheit ohne Gleichheit."¹⁰ Er sagte aber auch: "Davon, dass bei uns die Angelegenheiten im Interesse der Mehrheit gehandhabt werden, kann seit vielen Jahren nicht mehr die Rede sein. Fallende Löhne und Renten lassen immer mehr Bürgerinnen und Bürger an der repräsentativen Demokratie zweifeln."¹¹

Und auf dem Essener Parteitag erklärte Oskar Lafontaine, dass wir nach dem Fall der Mauer die Chance hatten, "das Eigentum der ehemaligen DDR dazu zu verwenden, um eine demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen, das heißt, also auch Demokratie in der Wirtschaft zu realisieren. Und das hätte geheißen, das Eigentum nicht zu privatisieren, sondern es in Belegschaftsanteile und in demokratische Wirtschaftsstrukturen umzuwandeln. Das war die große Chance der deutschen Einheit. Sie wurde vergeben."¹²

Ich weiß nicht, woher diese Illusionen kommen. Eine solche Chance hätte es doch nur geben können, wenn sich die Mehrheit der DDR-Bürger für die Weiterexistenz ihres Staates mit einem verbesserten Sozialismus entschieden hätte. Nach dem Anschluss an die BRD war klar, dass das westdeutsche Finanzkapital es gar nicht nötig hatte, so etwas zuzulassen, sondern problemlos in der Lage war, die schon Jahrzehnte vorher beschlossenen Pläne in bezug auf die DDR zu verwirklichen.

Wolfgang Schäuble sagte: "Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik - nicht um die umgekehrte Veranstaltung. Wir haben ein gutes Grundgesetz, das sich bewährt hat. Wir tun alles für euch. Ihr seid herzlich willkommen. Wir wollen nicht kaltschnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleichberechtigter Staaten statt."¹³ Ich teile nicht oft die Ansichten von Schäuble. Aber wo er Recht hat, hat er Recht, so weit es die Frage der nicht gleichberechtigten "Vereinigung" betrifft.

1989/90 gab es eine historische Chance nur für die Rekapitalisierung. Wer in einer solchen Gesellschaft leben wollte und will, der kann Gorbatschow in der Tat dankbar sein.

Im Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE 2009 war zu lesen, es müsse für eine Bewohnerin der südlichen Halbkugel völlig unbegreiflich sein, dass allein die EU-Staaten Rettungspakete für Banken schnüren, deren Summe sich auf zwei Billionen Dollar beläuft, während ein Bruchteil davon ausreichen würde, um die schlimmsten Plagen der Menschheit vom Hunger bis zum Analphabetismus zu besiegen.¹⁴ Das ist sicher richtig. Aber müssten nicht auch Hunderte Millionen Bewohner der Nordhalbkugel, die von gnadenloser Ausbeutung betroffen sind, ihr Unverständnis bekunden, dass Banken und Konzernen Milliarden in den Rachen geworfen werden, damit unfähige Manager ihre maßlos überhöhten Gehälter und zusätzliche Boni erhalten, während die verächtlich als Unterschichten Bezeichneten von immer schlimmeren sozialen Grausamkeiten betroffen werden? Doch nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern überall in der kapitalistischen Welt wird das fast widerspruchlos hingenommen. Die Verstaatlichung von Banken in die Nähe von Sozialismus zu bringen, kann nur als Witz angesehen werden. Früher haben wir das als staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet.

Die Alternativfrage Sozialismus wird eben so wenig gestellt wie bei der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Im Spiegel-Interview antwortete Bodo Ramelow auf die Frage: "Wollen Sie ein neues Gesellschaftssystem?" "Nein, aber eine Rückkehr zum Sozialen in der Marktwirtschaft."¹⁵ Obwohl Ramelow aus dem Westen kommt, hat er wahrscheinlich vergessen, dass zu den "sozialen Standards" des Kapitalismus Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit zählen.

Es ist nach wie vor richtig, die Geschichte der DDR und des "realen Sozialismus" zu erforschen, ohne irgendwelche Tabus. Leider ist es aber mit gesellschaftlichen Entwicklungen nicht so, dass man wie bei naturwissenschaftlichen Experimenten eine Versuchsreihe wiederholen und einen erkannten Fehler ausmerzen kann.

Die Geschichte der alten Bundesrepublik sollte aber stärker ins Blickfeld rücken. Denn hier liegen die Wurzeln für unsere heutige Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Wir waren einfach zu feige. Gespräch mit Wolfgang Haacke, 1972 - 1990 Vizechef der DDR-Statistik, in: Neues Deutschland vom 3. August 2009, S. 3.
- 2 Jörg Roesler, Brisante Zahlen. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR, in: Neues Deutschland vom 1. Oktober 2009, S.17.
- 3 Ralph Hartmann, DDR-Legenden. Der Unrechtsstaat, der Schießbefehl und die marode Wirtschaft, in: ND-Leseprobe, Beilage für die Tageszeitung "Neues Deutschland", Juni 2009, S. 7.
- 4 Zitiert nach Klaus Huhn, Kleines Handbuch der großen Lügen über die DDR, Berlin 2009, S. 69.
- 5 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1983, S. 363.
- 6 Vgl. Stefan Bollinger, Jürgen Hofmann, Zeiten der Utopien, in: Neues Deutschland vom 12./13. September 2009, S. 24.
- 7 Vgl. Über Politik und Moral vor dem Zweiten Weltkrieg. Aus Wladimir Putins Beitrag für die Warschauer "Gazeta Wyborcza", in: Neues Deutschland vom 5./6. September 2009, S. 24.
- 8 Vgl. Oskar Lafontaine, Wir wollen uns als eine Partei gegen den Zeitgeist wenden. Rede auf dem Parteitag DIE LINKE, Cottbus, 24. Mai 2008, in: DISPUT, Juni 2008, S. 18.
- 9 Zitiert nach: RotFuchs, Nr. 138, Juli 2009, S. 29.
- 10 Oskar Lafontaine, a.a.O., S. 14 f.
- 11 Ebenda, S. 20.
- 12 Vgl. Europa braucht eine starke Linke. Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Essen am 1. März 2009, in: DISPUT, März 2009, S. 28.
- 13 Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Deutsche Verlagsanstalt 1991, S. 131.
- 14 Vgl. Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE am 20./21. Juni in Berlin, in: DISPUT extra, S. 36.
- 15 Der Spiegel, Nr. 43, 2009, S. 24.

Helmut Müller

Zum Fackelzug der FDJ am 6. Oktober 1989 und zu einer "Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend" vom 9. Oktober 1989

Anknüpfend an Ausführungen von Heinz Niemann über die Krise der SED möchte ich zu einem Ereignis sprechen - zum Fackelzug der FDJ - und zu einer "Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend" vom 9. Oktober 1989. Viele werden sich an den Fackelzug erinnern. Es war der Auftritt von 100 000 ausgewählten Besten der "jungen Thälmannschen Garde". Sie widerspiegelten die Haltung der herangewachsenen oder heranwachsenden jungen Generation zu *ihrer* sozialistischen DDR.

Diese Demonstration unterschied sich deutlich von der fünf Jahre zuvor. Der markanteste Ausdruck dafür waren die nicht enden wollenden "Gorbi, Gorbi"-Rufe. Sie übertrafen die durch den Lautsprecher ausgebrachten Hochrufe auf den Generalsekretär der SED, "unseren Freund, Genossen Erich Honecker", oder die Losungen "FDJ - SED" und ähnliche.

Das löste auf der Tribüne bei uns, den Funktionären der Partei, Betroffenheit aus. Am meisten bei Erich Honecker. Wer sich an die Bilder erinnert, sieht ihn neben einem strahlenden Gorbatschow, sieht, wie er versucht, die Aufmerksamkeit der FDJler auf seine Person zu ziehen. Er ist in diesen Stunden vielleicht einer der wenigen, der - mit dem ihm eigenen politischen Gespür - die Tragweite dessen spürt, was vor seinen Augen abläuft.

Aber nach der Devise: Es kann nicht sein, was nicht sein darf - lautete seine Bewertung in der Sitzung des Politbüros am 10. Oktober: Der Fackelzug wurde von Egon Krenz und dem Zentralrat der FDJ im Sinne von Gorbatschow manipuliert.¹ Dieses Urteil ist im Kontext mit zwei weiteren Vorgängen zu sehen. *Erstens* hatte Egon Krenz gegen den Willen des Generalsekretärs eine "Erklärung" an die Mitglieder des Politbüros zur Beratung verteilen lassen, die dann zu zweitägigen Diskussionen führte und als Einleitung der "Wende" veröffentlicht wurde. *Zweitens* war Erich Honecker am Vortag eine "Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend" (so der Titel) von drei leitenden Jugendfunktionären, den Mitgliedern des ZK Eberhard Aurich, Wilfried Poßner und Gerd Schulz, mit der Bitte übermittelt worden, sie dem Politbüro als Vorlage einreichen zu dürfen.

Hier haben die Einreicher auf eigene Initiative, sicherlich gestützt auf viele Zuarbeiten, auf Ergebnisse von Meinungsumfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung und andere, auf 47 Seiten in komprimierter Form die gewonnenen Erkenntnisse aus den in den zurückliegenden Wochen und Monaten mit Mitgliedern und Funktionären der FDJ, mit Jugendlichen aller Schichten und auch mit Teilnehmern am Fackelzug geführten Gesprächen zusammengefasst. Dies geschah aus Sorge um die weitere Entwicklung und sollte die Parteiführung dazu bewegen, ihre Sprachlosigkeit aufzugeben, eine öffentliche Diskussion der brennenden Probleme einzuleiten und in der Politik etwas zu bewegen.

Wenn ich heute darüber spreche, dann unter zwei Aspekten: Zum einen, weil dieses Dokument wie kein anderes zu diesem Zeitpunkt die Wirkung der Politik der

Partei auf die Stimmung der Menschen - und nicht nur der jungen - und den Vertrauensverlust in diese Politik widerspiegelt, zum anderen, weil sich daraus auch Schlüsse für heute ableiten.

Zum ersten Gesichtspunkt: Erich Honecker reagierte auf diese sehr lebensnahe, realistische und differenzierte Analyse mit Empörung. Aus seinen Anstrichen und Ausrufezeichen wird ersichtlich, warum er sie vollständig ablehnte. Es sind vor allem die Passagen, die sich mit der Art und Weise der Leitung der Gesellschaft durch die Partei befassen. Es ist nicht möglich, alles Wissenswerte und Zutreffende hier vorzutragen. Aber einige wenige Zitate:²

"Es verbreitet sich der Eindruck, daß die SED ihre führende Rolle nicht konsequent wahrnimmt, zu vielen Fragen keine Lösung vorschlägt, sondern anstehende Probleme verdrängt ..., die Parteiführung kaum noch Entscheidungen auf der Grundlage einer eigenen Strategie fällt, sondern von äußeren und inneren Kräften dazu gedrängt wird." Weiter: "Die Grundthese des VIII. Parteitages über den Sinn des Sozialismus, alles zum Wohle des Volkes zu tun, wird für viele durch die ständige Wiederholung zur Phrase. Hinzu kommt, daß ihnen das Wohl des Volkes kaum definiert wird. Sie verstehen nicht, warum man für das, was man selbst leistet, sich bei Partei und Staat bedanken soll ... Personenbezogener Dank wird abgelehnt."

Die Hauptaussage, die zugleich das Motiv für die "Gorbi, Gorbi"-Rufe erhellt, lautet: "Es gibt unter der Jugend einen rapiden Vertrauensverlust zur Partei- und Staatsführung, zu ihren Entscheidungen und zu den Massenmedien, weil sie ihre Fragen ungenügend beachtet findet ... Geführte Gespräche mit den Teilnehmern des Fackelzuges verdeutlichen, daß dem durchgängigen Bekenntnis zu Michail Gorbatschow" (hier möchte ich einfügen, hoffnungsvollen Illusionen - H. M.) "neben der Sympathie für seine Person und der Zustimmung zu seinen politischen Ideen vor allem die Hoffnung zugrunde lag, daß auch durch die SED und ihre Führung aus der neuen Zeit neue Schlußfolgerungen gezogen werden.

In diesem Sinne war der Fackelzug ein Bekenntnis der DDR-Jugend, sich mit ganzer Kraft für die weitere Gestaltung des Sozialismus in der DDR unter Führung der SED einzusetzen. Es besteht die begründete Gefahr, daß die Tatbereitschaft der Jugend für den Sozialismus erheblich sinkt ... Es werden Änderungen in der Politik und der sie in Partei und Regierung repräsentierenden Personen erwartet."³ Festgestellt wird die Enttäuschung über die Rede Erich Honeckers vom 6. Oktober.

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dementsprechend das Urteil des Empfängers: "Es ist das erste Mal in der Geschichte der DDR, daß die FDJ-Führung die Politik der SED und ihrer Führung angreift."⁴ Er weist die "Einschätzung" zurück, fordert eine Neuausarbeitung. Eine Weisung, die davon zeugt, wie er sich jeder kritischen Wertung entgegenstellt und wie groß sein Realitätsverlust ist.

Zum zweiten Aspekt: Die Fackelträger von damals, das sind heute die 35-, 40- bis 50-jährigen. In manchen Diskussionen wurde mir erneut bewusst, wie sehr ihr "DDR-Bild" auch heute noch von ihren damaligen Wahrnehmungen, Erlebnissen und Erfahrungen in der "Endzeit der DDR" geprägt ist. Sie verfolgen - so weit poli-

tisch interessiert und zeitlich in der Lage - die heutigen DDR-Interpretationen und hören besonders genau hin, was *wir* sagen.

Dabei werden drei Komplexe besonders kritisch hinterfragt. Das sind *zum ersten* verschiedene Interpretationen der Wirtschaftslage Ende der 80er Jahre. Ich zitiere noch eine Stelle aus der Jugendanalyse, wie die Lage damals eingeschätzt wurde: "Oft wird gefragt, warum die Wirtschaft nicht besser organisiert ist, warum Verantwortung nicht wahrgenommen wird und Schlamperei geduldet wird (alles im Vergleich zur kapitalistischen Betriebswirtschaft), warum so oft der Bedarf nicht Ausgangspunkt der Planung ist ... Jugendliche verstehen nicht unsere Erfolgspropaganda in der Wirtschaft. Sie erleben es praktisch anders und ahnen angesichts vieler Plankorrekturen und nicht erfüllter Exportpläne, daß unsere wahren Probleme größer sind, als wir öffentlich darstellen."⁵

Jetzt sagt man: "Die DDR stand 1989 vor keinem wirtschaftlichen Zusammenbruch" (Egon Krenz: Herbst '89). Oder das Argument: "Die Wirtschaft der DDR war nicht bankrott, sie war nur krank" (Egon Krenz); aber die Frage, ob sie aus eigener Kraft oder mit Unterstützung der Freunde geheilt werden konnte, bleibt unbeantwortet. Selbst Lenin wird herangezogen (Wolfgang Haacke, ND, 3. August 2009), um zu begründen, dass es doch gar nichts ausmache, wenn die Arbeitsproduktivität in der DDR um 30 bis 40 Prozent niedriger war als in kapitalistischen Industriestaaten. In Portugal und Griechenland war sie noch niedriger, und sie existieren trotzdem noch. Wenn dann zu hören oder zu lesen ist, die "Lage war nicht so dramatisch, wie dargestellt", oder "ökonomisch ist der Sozialismus nicht gescheitert ..., er vollbrachte wesentlich höhere Leistungen als die kapitalistischen Länder" (Blessing), dann ergibt sich doch die Frage, warum wir eigentlich überhaupt gescheitert sind. Ich verzichte auf weitere Quellen, etwa zur Schrumpfung oder den Devisenschulden. Ich teile völlig den Standpunkt von Ekkehard Lieberam, dass "die Niederlage des Sozialismus im Systemwettbewerb im Kern zweifelsohne eine Niederlage auf dem Gebiet der Ökonomie" war.⁶

Wir forderten, die ökonomischen Fragen immer in "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu sehen. Jugendliche taten dies natürlich im Zusammenhang mit der Erfüllung eigener Bedürfnisse, sei es die Nachfrage nach technischen Konsumgütern oder modischer Bekleidung, vor allem aber mit der Versorgung mit angemessenem Wohnraum. Der immer wiederholten Behauptung von der erfolgreichen Verwirklichung der "Hauptaufgabe" oder der Beteuerung, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen, stand unter anderem die bittere Tatsache entgegen, dass 2000 studentische Ehepaare und eben so viele Studentinnen mit Kind und 3000 Assistenten und Forschungsstudenten in Studentenwohnheimen untergebracht waren und wussten, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt keine Aussicht auf eigene vier Wände haben.

Es geht bei alle dem nicht nur um eine eingeeengte Darstellung der Wirtschaft, sondern auch um deren politische Auswirkungen. Dabei erinnere ich nur an eines der schmerzlichsten Themen, an die hohe Zahl derer, die der DDR den Rücken kehrten. Jeder hier Anwesende wird sich an die Brisanz dieses Themas im Sommer und Herbst 1989 erinnern. Wie verniedlicht wird das gegenwärtig nicht nur in

Leserzuschriften an das ND mit dem Hinweis, es waren jährlich ja immer nur ein bis zwei Prozent und die Mehrheit der Leute seien doch hier geblieben. Dass diese "Abgehauenen" oder "Abgewanderten" aber ein Sechstel der Bevölkerung von 1949 ausmachten, wird einfach weggewischt.

Zum zweiten betrifft es die Haltung zu den Ursachen unserer Niederlage. Wiederholt gegebene Antworten, letzteres sei heute angesichts der noch nicht zugänglichen Archive in Moskau, Washington, Bonn oder anderen Orts gar nicht möglich, wird als Ausweichen vor der Erklärung der systemimmanenten Ursachen angesehen. Der Verweis auf - ihnen meist nicht bekannte - Veröffentlichungen kommunistischer Führer wie Fidel Castro, Luis Corvalan (1993) oder Alvaro Cunhal provoziert regelrecht die Frage, warum sich ehemals leitende Funktionäre kaum dazu äußern und bekennen.

Schließlich *drittens* verbinden sich diese Diskussionen immer mit der Frage nach der Rolle und Verantwortung der führenden Partei. Weicht man einer Antwort - wie leider oft feststellbar - aus, so ist das meiner Meinung weder nötig noch hilfreich. Und wenn der Rücktritt des letzten ZK der SED als "Parteiputsch" bezeichnet wird, dann wird nur das Wirken hinter den Kulissen benannt, aber die Stimmung in der Partei, die Sorgen um das weitere Schicksal der Partei und die erforderlichen Veränderungen unter Leitung des ZK und seines Generalsekretärs werden völlig außen vor gelassen. Solch eine Formulierung wirft mehr Fragen auf, als in einem Interview beantwortet werden können.⁷

Es kommt schon *uns* zu, darzustellen, warum die SED ebenso wie die KPdSU und andere regierende Parteien der sozialistischen Länder mit der Parteiauffassung, dem ausgeübten Macht- und Wahrheitsmonopol, der Handhabung des demokratischen Zentralismus, den Demokratiedefiziten in der Partei und der Gesellschaft und anderem zum hauptsächlichsten Faktor der Niederlage wurde. Ich folge den Gedanken von Hermann Klenner: Wer, wenn nicht wir, muss ohne Scheu Ursachen für Fehldenken und Fehlverhalten hinterfragen. "Denn nicht durch Schweigen über die hausgemachten begünstigenden Bedingungen für das Scheitern der DDR gewinnt man an Glaubwürdigkeit."⁸ Glaubwürdigkeit schafft Vertrauen und damit Zugang zu Menschen, die wir für unsere Sache gewinnen wollen, gewinnen müssen.

Anmerkungen

1 Egon Krenz: Herbst '89, (Berlin), Verlag Neues Leben 1999, S. 76.

2 Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30 IV 2/2.039/353.

3 Ebenda, Bl. 65 - 68.

4 E. Krenz: Herbst '89, S. 97.

5 SAPMO-BArch, a.a.O.

6 Geschichtskorrespondenz, August 2009, S. 8.

7 Egon Krenz: Interview, Neues Deutschland, 12. Oktober 2009.

8 Klartexte. Beiträge zur Geschichtsdebatte, (Berlin 2009), S. 14.

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Veranstaltungen im Jahre **2010**

- | | |
|----------------------------|--|
| Donnerstag,
21. Januar | Berliner Widerstand 1933 - 1945. Ein biographisches Lexikon
Einführung: Dr. Günter Wehner |
| Donnerstag,
18. Februar | 1960: BRD auf Aggressionskurs
Einführung: Generalmajor a.D. Hans-Werner Deim |
| Sonnabend,
6. März | 36. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
1945: Befreiung vom Faschismus, Chancen und Realitäten
(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr) |
| Donnerstag,
18. März | Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920. Chancen und Weichenstellungen
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl |
| Donnerstag,
15. April | Rudolf Hilferdings Werk "Das Finanzkapital" (1910)
Einführung: Prof. Dr. Horst Heiningner |
| Donnerstag,
20. Mai | Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Wahlrechtskämpfen 1910
Einführung: Prof. Dr. Annelies Laschitza |
| Donnerstag,
17. Juni | Zur Sozialpolitik der DDR
Einführung: Prof. Dr. Jörg Roesler |
| Sonnabend,
26. Juni | 37. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
1935: Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung
(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr) |

- Sonnabend,
4. September 38. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite
(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str.
47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr)
- Donnerstag,
16. September 60 Jahre offene staatliche Repression in der BRD
Einführung: Hans Canjé
- Donnerstag,
21. Oktober Krisenjahr 1930 - Zäsur in der Weimarer Republik
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl
- Donnerstag
18. November Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien
1960
Einführung: Bruno Mahlow
- Donnerstag,
16. Dezember Vor 90 Jahren vereinigten sich KPD (Spartakusbund) und
USPD (Linke)
Einführung: Dr. Siegfried Ittershagen

Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

Einladung

1945: Befreiung vom Faschismus Chancen und Realitäten

Zu diesem Thema findet am

Sonnabend, dem 6. März 2010

In Berlin eine **Konferenz** statt.

Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Straße 47 (Eingang
Jerusalemer Str.)
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Vorträge:

Dr. Norbert Podewin

Entnazifizierung in Ost und West

Dr. Hans Watzek

Die demokratische Bodenreform im Herbst 1945

(Die Vorträge werden evtl. noch ergänzt.)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574